

AUTOREN

# Preisgekrönter Störenfried

Zwanzig Jahre nach dem Tod von Thomas Bernhard erscheint ein überraschendes Stück Autobiografie aus seinem Nachlass: „Meine Preise“.

Wie die öffentliche Hand in ihrer Großzügigkeit einen Künstler mit einem Preis bedenkt, möglichst in einem Festakt mit Streichquartett – diese Geste bekommt oft etwas Unverhältnismäßiges, Selbstgefälliges, Peinliches. Und wenn der Gebende für sein Wohlwollen vom Empfangenden Wohlverhalten erwartet, das sich in einer „Dankrede“ äußern soll, ist die Verlegenheit groß. „Sollte ich vielleicht auf die Weltlage eingehen?“, überlegt sich der Preisträger. „Oder auf die vernachlässigte Krankenversorgung? Oder auf den schlechten Gesundheitszustand der Zähne unserer Schulkinder? Sollte ich etwas über den Staat an sich oder über die Kunst an sich oder über die Kultur überhaupt etwas sagen?“

Der Schriftsteller Thomas Bernhard fand dies alles, den Anlass wie das verlogene Zeremoniell, jedes Mal wieder „abstoßend und ekel-erregend“. Als er mit 37 Jahren die erste Auszeichnung in seiner Heimat erhielt, den „Kleinen Österreichischen Staatspreis für Literatur“, ergriff er in seiner Dankrede die Flucht nach vorn: „Der Staat ist ein Gebilde, das fortwährend zum Scheitern, das Volk ein solches, das ununterbrochen zur Infamie und zur Geistesschwäche verurteilt ist ... Wir sind Österreicher, wir sind apathisch; wir sind das Leben als das gemeine Desinteresse am Leben.“

Der Eklat war ungeheuerlich; Bernhard, grandios im Schimpfen, Schmähen und Verwerfen, blieb bis zu seinem vorzeitigen Tod 1989 im Alter von 58 Jahren Österreichs bestgehasster Dichter.

Sein Nachruhm, auch international, ist ungebrochen. Der Suhrkamp Verlag hat dem immensen Werk, das Bernhard dem lebenslangen Kampf gegen Todeskrankheiten abrang, in einer 22-bändigen Ausgabe ein haltbares Denkmal gesetzt. Neuerdings sind auch Auswahl-Breviere hinzugekommen, die den alpenländischen Menschenfeind zum Hermann Hesse für skeptische Zeitgenossen stilisieren.

Als Überraschung zum 20. Todestag gibt es jetzt eine veritable Bernhard-Novität: „Meine Preise“, ein schmächtiges Manuskript mit autobiografischen Betrachtungen, das wohl aus dem Jahr 1980 stammt\*. Der Text hat nichts gemein mit der obsessiven Dichte und Strenge der fünf autobiografischen Bände, in denen Bernhard die Entbehrungen und Erniedrigungen seiner trostlosen Jugend beschwor. Hier hält der etablierte Autor mit nachsichtigem Spott Rückschau auf Triumphgefühl und Katzenjammer angesichts seines entscheidenden ersten Erfolgs, des 1963 erschiene-

von 25 000 Schilling blendet: „Ich bin geldgierig, ich bin charakterlos, ich bin selbst ein Schwein.“

So ist es Mal um Mal: Bernhard lästert über das Affentheater, doch er ist scharf aufs Geld. Eine „gemeine Unverschämtheit“ nennt er es, dass der Grillparzerpreis lediglich eine immaterielle Ehrung ist, und besonders erfreulich ist für ihn der Glücksfall, einen Scheck ohne Blabla und Feierstunde in die Hand gedrückt zu bekommen. Die dichtesten, lustvollsten Passagen aber erzählen davon, was sich der bettelarme, über Jahre von einer mütterlichen Gönnerin abhängige Jungautor mit geradezu vorsätzlichem Leichtsinn für die ersten Preisgelder leistete.

Die 5000 Mark des Julius-Campe-Preises verwendet er (Inhaber eines Lkw-Führerscheins) 1964 spontan für die Anschaffung eines flotten weißlackierten Triumph Herald mit roten Lederpolstern; die 10 000 Mark des Bremer Literaturpreises steckt er im Januar 1965 sofort in den Erwerb eines einsam gelegenen, verrotteten Bauernhofs, dessen Gemäuer er in tiefem Schnee und Nebel nur eine Viertelstunde lang besichtigt hat – beide Anschaffungen tätigt er so bewusst überstürzt, als wollte er sich selbst den Rückweg abschneiden.

Der mächtige Bauernhof in Nathal bleibt, gründlich renoviert, Bernhards lebenslanges Hauptquartier; mit dem weißen Flitzer hingegen erleidet er nach einem Vierteljahr und nur 1200 Kilometern im Urlaub an der istrischen Küste einen Totalcrash. Als er blutüberströmt im Krankenhaus von Opatija gelandet ist, fühlt er sich mit seinem Selbstbild wieder ganz eins: Unglücksmensch bleibt Unglücksmensch, Don Quichotte zwar, doch unbesiegbare.

Als Städtebeschimpfer ist Bernhard sprichwörtlich. In „Meine Preise“ lautet die Litanei: „Salzburg, Augsburg, Regensburg, Würzburg, ich hasse sie alle.“ Diesen wegen ihrer angeblichen Dumpfheit verleumdeten „-burgen“ steht eine leuchtende Ausnahme gegenüber, „die immer zu meinen mir liebsten Städten gehört hat“: Hamburg, wer hätte das gedacht, ist für ihn, „was der Volksmund die Liebe auf den ersten Blick nennt“.

Das zunehmend lustlos und unfertig wirkende Manuskript mündet in die Einsicht, dass ihm eigentlich alles Preisgetue widerwärtig gewesen sei, „aber am widerwärtigsten empfand ich mich selbst“. Sein Fazit, da er auf das Geld nun nicht mehr angewiesen war: „sich nicht mehr ehren zu lassen“. Daran hat Thomas Bernhard sich für den Rest seines Lebens gehalten.

URS JENNY



ANDREJ REISER / BILDERBERG

Schriftsteller Bernhard (1985): „Ich bin selbst ein Schwein“

nen Romans „Frost“, dem ein gutes Jahrzehnt Selbstquälerei in der frustrierend brotlosen Nischenexistenz als Lyriker vorausgegangen war.

Anlass für jedes der neun in Tonart und Gewicht sehr unterschiedlichen Kapitel ist eine Preisverleihung, und naturgemäß gibt der Skandal um den Kleinen Österreichischen Staatspreis ein Hauptstück ab: Bernhard porträtiert sich in dieser schwungvollen Groteske als einen zwischen Hybris und Panik taumelnden Don Quichotte des Literaturbetriebs, der bloß „kein Spielverderber sein“ will, weil ihn die Preissumme

\* Thomas Bernhard: „Meine Preise“. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main; 144 Seiten; 15,80 Euro.



# Unsichtbare Wunden

Die Probleme traumatisierter Soldaten wurden vom Militär lange ausgeblendet. Der Verteidigungsminister verspricht nun große Taten. Doch viel wird sich wohl nicht tun.

**E**r hat geschossen und getötet. Militärisch gesehen, war das gut. David H. ist Soldat. Er und seine Kameraden schossen auf einen gelben Lada, weil sie Angst hatten, die Serben in dem Wagen könnten auf dem Marktplatz der Stadt Prizren im Kosovo Amok laufen. David H. hat nur seinen Job gemacht, doch er hat es nicht verkraftet. Die Erinnerungen lassen ihn nicht los.

Seit sechs Jahren ist der Gebirgsjäger in psychologischer Behandlung. Er leidet unter Schlaflosigkeit, Herzrasen, Aggressionen, Depressionen. PTBS – Posttraumatische Belastungsstörung, die psychische Reaktion auf ein Ereignis, das intensive Angst, Entsetzen, Hilflosigkeit oder auch Schuldgefühle ausgelöst hat. Es ist die schwerste aller menschlichen Stressreaktionen, sie verändert den Charakter und führt unbehandelt in vielen Fällen zur Berufsunfähigkeit.

Mit der Zahl der Auslandseinsätze steigt auch die Zahl der betroffenen Soldaten. Die Bundeswehrführung hat das lange verdrängt. Auf die Frage der FDP-Wehrexpertin Elke Hoff, ob die Zahl der Behandlungsplätze ausgebaut werde, antwortete das Verteidigungsministerium noch im Oktober 2007, ein Anstieg der Fallzahlen sei „gegenwärtig nicht erkennbar“. „Man hat das Thema systematisch verdrängt und kleingeredet“, sagt Reinhold Robbe. Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestags weist seit 2005 in seinen Jahresberichten auf das Problem hin.

Einstimmig wie selten forderte das Parlament am vergangenen Donnerstag nun vom Verteidigungsminister ein Umdenken, und Franz Josef Jung gelobte Besserung.

245 Soldaten seien im Jahr 2008 wegen PTBS behandelt worden, räumte der Minister ein, also dreimal so viel wie noch vor zwei Jahren. Doch dann machte er das, was das Ministerium bei diesem Thema bislang stets gern machte: Er spielte das Problem herunter. Gerade mal ein Prozent der Soldaten, die im Auslandseinsatz waren, seien betroffen. Damit liege man im internationalen Vergleich „recht gut“. Das ist nicht falsch, aber auch nicht richtig, denn aus einem internen Schreiben des Sanitätsdienstes geht hervor, dass 174 weitere Soldaten wegen einsatzbedingter psy-



**Trauernde Bundeswehrsoldaten (in Kunduz 2008): Panikattacken und Herzrasen**

chischer Störungen behandelt wurden – die man nicht PTBS nennt und damit das Problem elegant reduziert.

Und selbst diese Zahl gibt nicht die hohe Dunkelziffer wieder. Viele Soldaten meiden den Gang zum Psychiater oder Psychologen aus Angst vor einem befürchteten Karriereknick. Zudem macht sich bei Zeitsoldaten und Reservisten das Trauma oft erst bemerkbar, wenn sie aus der Bundeswehr ausgeschieden sind.

„Wir haben eine anonyme Online-Beratung unter [www.angriff-auf-die-Seele.de](http://www.angriff-auf-die-Seele.de) eingerichtet“, prahlte Jung im Bundestag mit einer Internet-Seite, die weder er noch die Bundeswehr ins Leben gerufen haben. Die Seite ist eine Erfindung von Frank Eggen, einem Hauptfeldwebel im Militärbischofsamt, der das Projekt in seiner Freizeit entwickelt hat und betreut. Sechs Stunden verbringt Eggen täglich damit, E-Mails zu beantworten und Informationsmaterial zu verschicken – nach Dienstschluss.

Eine bundeswehreigene Internet-Seite mit Hilfsangeboten des Sozialdienstes [www.familienbetreuung-bundeswehr.de](http://www.familienbetreuung-bundeswehr.de), auf die Reservisten und ihre Angehörigen noch im Januar schriftlich verwiesen wurden, zeigt lediglich „Error“.

Jung kündigte an, es werde in Zukunft ein Kompetenz- und Forschungszentrum geben. Der Inspekteur des Sanitätsdienstes hat in seinem „Forschungskonzept Psychische Gesundheit“ allerdings schon den Rahmen vorgegeben: Mehr als eine kleine Arbeitsgruppe unter dem Dach des Instituts für Medizinischen Arbeits- und Umweltschutz soll nicht entstehen. Ein „Pseudoinstitut“ und eine „Mogelpa-

ckung“ nennt das ein Arzt, der für die Bundeswehr im Kosovo, in Bosnien und in Afghanistan war.

„Die Amerikaner nehmen das Thema ernster“, sagt Karl-Heinz Biesold, Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie im Bundeswehrkrankenhaus Hamburg, „die sind besser organisiert.“ In den USA gibt es bereits seit 1989 ein „National Center“ für PTBS. Und in den Kommandozentralen sitzt bis ins Pentagon hinauf immer auch ein Psychiater als Berater. In Deutschland ist eine solche Betreuung illusorisch. Von 42 Dienstposten für Bundeswehrpsychiater sind derzeit nur 21 besetzt.

Verantwortlich für die Zustände machen Verteidigungsexperten Kurt-Bernhard Nakath, den Inspekteur des Sanitätsdienstes. „Der Minister muss sich fragen, ob ein solcher Inspekteur noch tragbar ist“, sagt Winfried Nachtwei, verteidigungspolitischer Sprecher der Grünen. Und auch die FDP-Expertin Hoff fordert Konsequenzen in der Führung des Sanitätsdienstes. Der gute Ruf der Institution stehe inzwischen auf dem Spiel, mahnt Reinhold Robbe.

Wie weit die Bundeswehr noch davon entfernt ist, die seelischen Verwundungen ihrer Soldaten ernst zu nehmen, offenbart ein Schreiben der Wehrbereichsverwaltung West an einen Stabsunteroffizier, der seit Jahren unter Panikattacken und Herzrasen leidet. Die Beamten lehnten seinen Antrag auf Wehrdienstbeschädigung ab: „Allgemeine Belastungen, unter Beschuss zu stehen (häufig Alarm), kann für einen Soldaten im Auslandseinsatz nicht als außergewöhnlich belastend angesehen werden.“

ULRIKE DEMMER



LUFTFAHRT

# Panik in der Kanzel

Kollisionsschutzgeräte an Bord von Flugzeugen sollen das Fliegen sicherer machen. Häufiger Fehllalarm bewirkt mitunter aber das Gegenteil.



Luftverkehr über London

LEWIS WHYTE / PICTURE-ALLIANCE / DPA

Passagiere mit Flugangst beruhigen sich gern mit einer einfachen Erkenntnis: Hat das Flugzeug die kritische Startphase hinter sich, ist das Schlimmste zunächst überstanden. Erst mit Beginn des Landeanflugs steht der Pilot dann wieder voll unter Stress.

Diesem tröstlichen Gedanken versetzt nun eine Langzeituntersuchung der Technischen Universität Braunschweig einen empfindlichen Schlag: Wissenschaftler um den Flugsicherheitsexperten Peter Form haben geprüft, wie häufig im deutschen Luftraum der Kollisionsalarm anschlägt. Allein im Zeitraum zwischen dem 15. August und dem 20. November 2008 zählten sie 510 Fälle – schrammen die Flugzeuge zu Hunderten an Katastrophen vorbei?

Das wohl eher nicht. Doch es droht durchaus Ungemach auch in Reiseflughöhe. Ins Zwielicht geraten ist eine Apparatur, durch die der Luftverkehr eigentlich sicherer werden sollte.

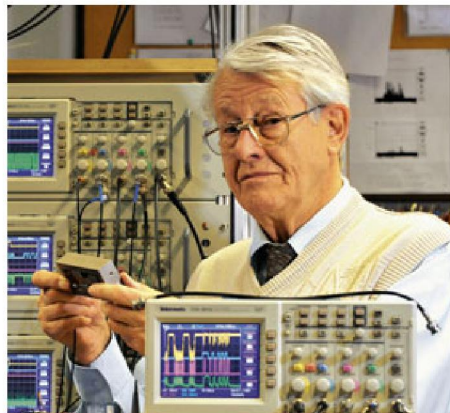
Seit dem Jahr 2000 muss jedes größere Flugzeug in Europa mit einem Kollisionschutzgerät ausgerüstet sein. Nähern sich zwei Flieger bedrohlich, wird der Pilot durch unmissverständliche Kommandos zum Handeln aufgefordert: „Climb, climb“ (Steigflug) oder „Descent, descent“ (Sinkflug), fordert eine Computerstimme.

Der Crew im Cockpit bleiben vom Zeitpunkt dieser Warnung an 15 Sekunden, um den von der Maschine errechneten möglichen Crash abzuwenden. Flugesellschaften wie die Lufthansa halten ihr Personal an, den Anweisungen des Computers strikt zu folgen, und lassen dessen Einsatz in der Ausbildung trainieren. Weil die Zeit knapp ist, soll der Kapitän mögliche gegenteilige Empfehlungen der Fluglotsen am Boden ignorieren.

Doch nun nähren die Braunschweiger Forscher den Verdacht, dass die Situation mitunter überhaupt erst durch die War-

nung des Anti-Kollisions-Systems brenzlig wird. „Wir haben Fälle erlebt, wo danach geradezu Panik in der Kanzel ausbrach“, sagt Sicherheitsexperte Form. Wie die Messungen deutlich zeigen, reagierten einige Piloten viel zu heftig auf den Alarm. „Die bringen dadurch eine neue Gefahr in den Luftraum“, warnt Form.

Andere Piloten wiederum haben einen anderen Umgang mit dem Dilemma gefunden: In jedem siebten Fall, so Forms Befund, ignorieren sie einfach die Anweisungen des Airborne Collision Avoidance System (Acas).



Sicherheitsexperte Form  
„Neue Gefahr für den Luftraum“

Jahrzehntelang tüftelten Techniker und Ingenieure vergebens an einer zuverlässigen Einrichtung, die Piloten im zunehmend verstopften Luftraum Sicherheit vor Kollisionen bieten sollte. Erst nachdem in den neunziger Jahren halbwegs akzeptable Lösungen gefunden waren, wurden die Maschinen in den Vereinigten Staaten und Europa allmählich mit dem rund 100 000 Dollar teuren System bestückt. Allerdings machte sich niemand die Mühe, im großen Stil zu prüfen, wie sich das Acas in der Praxis bewährt.

Erst die Braunschweiger Truppe um Peter Form erfasste und sichtete Datenmaterial von rund zweieinhalb Millionen Flugstunden. Der verblüffende Befund: „Unerwartet oft spricht dieses Sicherheitssystem an – und das in einem so gut kontrollierten Luftraum wie Deutschland.“

Viele Experten reagierten unwirsch auf die Veröffentlichung aus Braunschweig. Als „unseriös“ geißelte etwa der Pilotenverband Cockpit die Studie. Die Deutsche Flugsicherung (DFS) – betraut mit der Kontrolle des Luftverkehrs – strich umgehend ihre Beteiligung an dem Projekt. Der Zorn dieser Organisationen zielt allerdings nicht auf die Ergebnisse der Studie, sondern vor allem auf den befürchteten Imageschaden. „Es entsteht der Eindruck, als würden in Deutschland ständig beinahe Flugzeuge zusammenstoßen“, klagt DFS-Sprecher Axel Raab.

Das Problem wird von den Fachleuten gar nicht bestritten: „Es gibt sehr oft Fehlalarme, und das ist misslich. Aber wir nehmen das in Kauf“, räumt Raab ein. „Das Acas hat eine relativ hohe Fehlerquote“, konstatiert auch Johann Reuss. Er hat für die Bundesstelle für Flugunfalluntersuchung (BFU) jene Katastrophe durchleuchtet, die sich im Juli 2002 nahe dem baden-württembergischen Überlingen ereignete.

Damals stießen in der Nacht eine Boeing 757-200 und eine Tupolew TU-154M zusammen. 71 Menschen starben, obwohl beide Unglücksmaschinen mit dem Anti-Kollisions-System ausgerüstet waren. Das Acas schlug auch in beiden Maschinen an – die Besatzung der Tupolew orientierte sich jedoch fatalerweise an der Anweisung des Fluglotsen.

Kritiker wie Form fürchten, dass der Warnungen plärrende Automat vor allem als zusätzlicher Stressfaktor wirkt. Weil der Kasten lediglich Möglichkeiten hochrechnet, peilt das System häufig krass an der Realität vorbei.

Dem fragwürdigen Nutzen zum Trotz beharren die Airlines auf ihrer Anordnung, einzig dem Acas zu gehorchen. Womöglich ersparen sich die Flugunternehmen auf diese Weise eine bittere Einsicht, die BFU-Fachmann Reuss so zusammenfasst: „Wenn der Pilot im Einzelfall erst wieder abwägt, ob ein Alarm gerechtfertigt ist, ergibt das Acas ja gar keinen Sinn.“

FRANK THADEUSZ



LUFTFAHRT

# Leiser, weiter, sparsamer

Geht es im Jahr 2030 mit Überschall oder im Segelflug in den Urlaub? Ein Wettbewerb der Nasa soll klären, wie das Flugzeug der Zukunft aussieht.

In seiner Phantasie hat der Mensch den Himmel schon immer gern mit metallenen Fabelwesen bevölkert. Mal waren sie rund, mal dreieckig oder auch flach wie eine Flunder. Manche gar sollten ihre Insassen mit 6000 Stundenkilometern befördern, zum Shoppen nach Sydney zum Beispiel.

Abgehoben hat kaum eines dieser Hirn-gepinste. Das Passagierflugzeug ist seit 50 Jahren erstaunlich gleich geblieben: Tragflächen mit Triebwerken dran, schlanker Rumpf, hinten ein Seitenleitwerk. Sogar das Warnschild „Rauchen verboten“ fliegt noch immer mit, obwohl schon seit Jahren keine Airline der Welt mehr das Qualmen erlaubt.

Jetzt aber will Ajay Misra das Rad in der zivilen Luftfahrt neu erfinden. „Wir brauchen eine Revolution“, sagt der Ingenieur. „Die kleinen Innovationsschritte der Vergangenheit reichen nicht mehr aus.“ Mit einem ehrgeizigen Programm versucht die US-Raumfahrtbehörde Nasa (deren erstes A im Namenszug für Aeronautics, also Luftfahrt, steht), dem Flugzeug der Zukunft Auftrieb zu verleihen.

Vor wenigen Wochen hat Misra, Chef des Nasa-Programms Fundamental Aeronautics, deshalb sechs Studienvorhaben von Forschungsinstituten und Flugzeugbauern mit einem Budget von jeweils rund zwei Millionen Dollar ausgestattet. Der Auftrag: Entwürfe für Prototypen mit prophetischem Design und visionärer Technik zu entwickeln.

Sie sollen einen Blick erlauben in jene Zeit, in der mehr als zweimal so viel ge-



Entwurf eines Überschallfliegers\*: Mit Mach 2 zum Geschäftstermin

flogen wird wie heute. In den momentanen Krisenzeiten ist es schwer zu glauben, aber den Prognosen zufolge wird es schon 2030 so weit sein.

Dann, fordert Misra, müssten Flugzeuge im Vergleich zu einer heutigen Boeing 737 rund 80 Prozent weniger Stickoxide ausstoßen, 70 Prozent weniger Treibstoff verfeuern – und ihr Krach müsste jenseits der Flughafengrenzen fast völlig verstummen. Kühne Ziele, das gibt Misra zu: „Aber wenn wir sie nicht erreichen, erstickt die Luftfahrt am eigenen Erfolg.“

Leiser, weiter und sparsamer, das sind die Maßgaben der Nasa. Nur, ob das Flugzeug der Zukunft schneller oder lang-

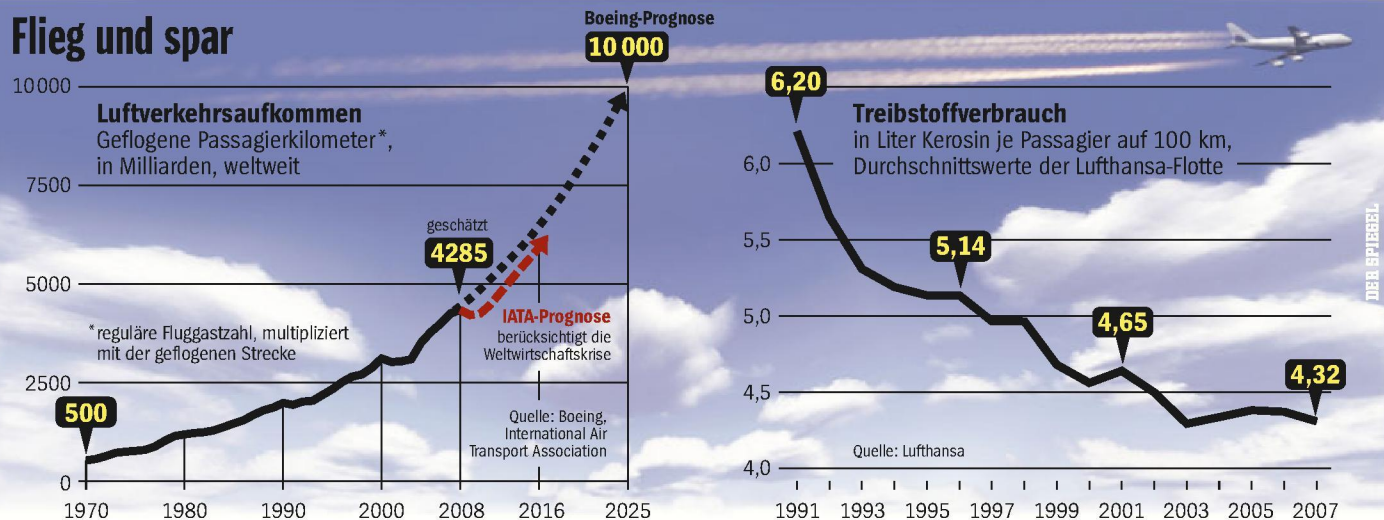
samer fliegen wird, darüber sind sich die Experten nicht einig. Denn einerseits werde das Öl knapp, das könne dazu zwingen, die Geschwindigkeit zu reduzieren. Andererseits glaubt man an die Renaissance des Überschallflugs – und will sich vom Concorde-Debakel nicht beirren lassen.

Die Fortschritte der Vergangenheit sind für die Nasa zu klein. Um anderthalb Prozent sank in der Vergangenheit der

Verbrauch pro Jahr, die Nasa fordert vier Prozent per annum. Erschwerend kommt hinzu, dass die Innovationen einander zuwiderlaufen: Kerosin sparen ließe sich zum Beispiel mit neuartigen Propellerturbinen, genannt Propfans. Die sind aber deutlich lauter. „Deshalb müssen wir das Design grundsätzlich überarbeiten“, sagt Misra. Einen möglichen Weg beschreibt das Massachusetts Institute of Technology (MIT). Zusammen mit dem US-Triebwerksbauer Pratt & Whitney haben die Ingenieure dort einen breiten, flachen Rumpf ohne spitz zulaufendes Heck

\* Von Lockheed Martin.

## Flieg und spar





# Inventur der Viren

Aids kam einst aus dem Regenwald – und der beherbergt noch weitere gefährliche Erreger.

Ein US-Forscher will sie finden, bevor sie Schaden anrichten.

**E**s geschah nahe dem Sangha-Fluss im Südosten Kameruns. Und es geschah vor rund hundert Jahren. Der genaue Ablauf ist nicht rekonstruierbar, aber Forscher halten folgendes Szenario für plausibel: Im Urwald tötete ein Jäger einen Schimpansen, weil er es auf dessen Fleisch abgesehen hatte. Als er den blutigen Leib zerteilte, schnitt er sich aus Versehen in die eigene Haut.

Affenblut floß in die Menschenwunde. Und unversehens sprang ein Affenvirus über auf einen fremden Wirt. Ähnliches hatte sich schon häufig zugetragen, dieses Virus aber war auf teuflische Weise für den Menschen wie geschaffen.

Im Schimpansen ist der Erreger harmlos – in seinem Verwandten erweist er sich als schleichender Tod. 1959 hat das Virus, damals unbemerkt, die Stadt Kinshasa erreicht. Als Ärzte in Los Angeles 1981 erstmals von ihm Notiz nehmen, steckt es schon in Hunderttausenden Menschen. Bis heute haben sich rund 60 Millionen mit dem HI-Virus angesteckt; mindestens 25 Millionen Männer, Frauen und Kinder sind an Aids gestorben – und zwar nur, weil damals in Kamerun niemand den Funken daran hinderte, zum Flächenbrand zu werden.

Das ist die Katastrophengeschichte, die Nathan Wolfe, 38, gern erzählt. Sie hilft ihm beim Geldsammeln – und darin ist der Epidemiologe der Stanford University in Kalifornien zurzeit sehr erfolgreich. Von zwei Stiftungen hat der von Wolfe gegründete Forscherverbund „Global Viral Forecasting Initiative“ gerade elf Millionen Dollar bekommen; eine davon war Google.org, der philanthropische Ableger des Suchmaschinenkonzerns. Mit den großen Summen will der Forscher versuchen, aus der alten Seuchenkunde eine prophetische Wissenschaft zu machen: Wo sind heute schon im Regenwald Erreger aktiv, die morgen den Superausbruch verursachen?

Um diese Frage, sagt Wolfe, hätten sich die Epidemiologen bisher stets gedrückt. Ob bei Ebola, Sars, den Affenpocken, dem Marburg- oder dem in Malaysia aufgetretenen Nipah-Virus: Immer habe die Zunft untätig abgewartet, bis ein Haufen Lei-



Designstudie eines Segelflugzeugs: Bummel-Boeing mit Klappflügeln

ersonnen, der viel Platz für die Passagiere bietet. Die Triebwerke, vier an der Zahl, rücken auf den breiten Rücken des schnittigen Rumpfs.

„So könnten die Fluggeräusche um das Flugzeug herum eingeschlossen werden“, erklärt William Litant vom Luftfahrtinstitut des MIT. Außerdem sind die Düsen Huckepack oben auf dem Heck aerodynamischer angebracht, die Nähe zum Rumpf leistet Vorteile für den Vorschub. Zusätzlich ließe sich der Treibstoffhunger durch den Umstieg von Kerosin auf Flüssiggas senken.

Die platte Gestalt des Flugzeugs sorgt dafür, dass der Rumpf deutlich mehr zum Gleitverhalten beiträgt. Das Fahrwerk könnte zudem deutlich kürzer ausfallen, da die Turbinen nicht mehr unter den Tragflächen hängen, was bei Start und Landung das Strömungsverhalten verbessert.

Insgesamt würde ein optimales Fluggerät 78 Prozent weniger verbrauchen als eine heutige Boeing 737, hat Litants Team errechnet. Undenkbar wäre so etwas mit dem klassischen Design, das leugnet selbst Boeing nicht. Das Unternehmen müsse, so verlautete aus dem Hauptquartier in Chicago, die „langfristigen Bemühungen für einen Nachfolger der 737 aufgeben“, weil mit dieser Form die Anforderungen an die Zukunft nicht mehr zu erfüllen seien.

Das Flugzeug von morgen stellt man sich bei Boeing allerdings auch anders vor, eher wie ein überdimensioniertes Segelflugzeug. „Eine solche Form ist aerodynamisch extrem effizient“, sagt Boeing-Entwickler Marty Bradley. Allerdings müssten die gewaltigen Schwingen, deren Spannweite heutige Modelle deutlich überbietet, durch Verstrebungen verstärkt werden, damit sie sicher am Flugzeugrumpf ansitzen. Gegebenenfalls müssten die Tragflächen auch

einklappbar konstruiert werden, glaubt Bradley: „Das würde die Beweglichkeit auf dem Rollfeld erhöhen.“

Auch werde man leichte Verbundwerkstoffe brauchen. „Wir haben uns aber noch für keine entschieden“, sagt der Aviatiker. Klar ist Bradley sich allerdings darüber, dass sich der Passagier-Albatros langsamer fortbewegen wird als heutige Düsenmodelle.

Parallel zu der Bummel-Boeing entwickelt der Konzern deshalb auch ein Überschallflugzeug. Die Frequent-Flyer-Generation des Jahres 2030 darf sich auf einen Jet freuen, der mit mehr als Mach 2 zum nächsten Geschäftstermin donnert. Größte Herausforderung an das Design soll sein, mit geschickter Linienführung der Außenhaut den Überschallknall praktisch zu tilgen. „Die Concorde ist unter anderem daran gescheitert, dass sie wegen des Knalls nur über offener See im Hyperschalltempo fliegen durfte“, sagt Bradley.

Die Boeing-Forschungsabteilung trägt den Namen „Phantom Works“, was insofern passend erscheint, als die Gestalt des Überschallgefährts noch unbekannt ist. Konkurrent Lockheed Martin hat seine Zeichner hingegen mit ersten Designskizzen versorgt. Herausgekommen ist ein pfeilspitzer Passagierbomber, dessen Flügel am Heck sitzen.

Verbunden sind sie mit einem mutig geschwungenen Bügel, der den Knall des supersonischen Flitzers unterdrücken soll. Nasa-Futurologe Misra frohlockt bereits: „Damit düsen Sie im Überschall von Los Angeles nach New York.“

In 18 Monaten sollen die fertigen Konzepte bei Misra auf dem Tisch liegen. Dann beginnen Phantasie und Wirklichkeit mit einem neuen Wettfliegen.

GERALD TRAUFFETTER





Schnellrestaurant „Deniz Kebab Haus“ in Viersen-Dülken: Teststreifen vom Vertikalbraten

GASTRONOMIE

## Gewolft, nicht gekuttert

Was macht einen Drehspieß zum Döner? Eine niederrheinische Kreisbehörde hat sich mit der Frage befasst – und einen deutsch-türkischen Kebab-Krach ausgelöst.

Im Kreis Viersen, am beschaulichen Niederrhein, ist die Welt in Ordnung. Die Landschaft ist mit mildem Klima gesegnet, die Hektik der Metropolen fern, und sollte es die 302 910 Kreisbewohner dennoch nach den kulinarischen Annehmlichkeiten einer Großstadt gelüsten, stehen für sie nicht weniger als 42 Döner-Buden bereit.

Doch ausgerechnet hier, im schnellgastronomischen Idyll zwischen Krefeld und Mönchengladbach, droht plötzlich Ärger. Der allseits beliebte türkische Rundspieß ist ins Zentrum einer Auseinandersetzung geraten, die sich um die komplizierte juristische Frage dreht, was den Döner überhaupt zum Döner macht. Ausgelöst wurden die Turbulenzen vom örtlichen Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt, das den Vertikalbraten aus Fleischscheiben und Hackmasse unlängst in drei Kategorien einteilte und neuerdings peinlich genau auf die Unterscheidung in „Döner“, „Hackfleischzubereitung am Spieß“ oder aber „Spieß nach Döner Art“ achtet.

Zur Affäre wurde der Viersener Vorstoß, nachdem ein erzürnter Kebab-Wirt,

der vom Amt gerügt worden war, vor kurzem die türkische Zeitung „Hürriyet“ einschaltete. Das Boulevard-Blatt erklärte den Grillstreit sogleich zur Frage der nationalen Imbiss-Ehre und verbriet die Story genüsslich in groben Schlagzeilen („Döner-Verbot weitet sich aus“).

Dabei geht es in der Debatte hauptsächlich um semantische und lebensmittelrechtliche Feinheiten. Aus Sicht der beanstandeten Imbissbetriebe ist die Bezeichnung „Döner“ (wörtlich: „Dreher“) eine Art Generalbegriff, der für so ziemlich alles verwendet werden könne, was aufrecht um einen Grillspieß kreist.

Das Viersener Veterinäramt dagegen pocht auf die „Berliner Verkehrsauffassung für das Fleischerzeugnis Dönerkebab“, eine Art Magna Charta des deutschen Drehbrat-Gewerbes. Dort wird das türkische Schnellgericht mit deutscher Gründlichkeit in seine Bestandteile zerlegt. Der wahre Döner besteht demnach nur aus Kalb-, Rind- oder Schafffleisch, diversen Gewürzen und Zutaten wie Eiern, Zwiebeln, Öl und Milch. Auch die einzig zulässige Zerkleinerungsmethode für das zwischen den aufgetürmten Fleischscheiben befindliche Hack haben die Väter der Kebab-Verfassung streng reglementiert. Es sei lediglich im Fleischwolf „zu wölfen und zu mengen“ und dürfe keinesfalls „gekuttert“, also mit Hilfe einer Kuttermaschine zu einer wurstartigen Masse zerfasert werden.

Mit derartigem Fachwissen munitioniert, schickt die gestrenge Viersener Veterinärbehörde seit Frühjahr vergangenen Jahres Prüfer auf Patrouille, die in der Imbiss-szene für Angst und Schrecken sorgen. Bisweilen schnipseln die Kontrolleure Teststreifen vom Drehbraten und lassen sie „präparativ-gravimetrisch“ untersuchen.

Wird dabei gekutterte Masse, ein Hackfleischanteil von mehr als 60 Prozent oder gar Geflügelfleisch gefunden, verurteilt der Döner sogleich sein Namensrecht.

Bislang gerieten 15 Kebab-Buden ins Visier der staatlichen Döner-Detektive, 7 wurden beanstandet, 3 davon gar mit Bußgeldandrohungen belegt.

In Viersen-Süchteln etwa erwischte es das „Ali Kebab Haus“. Dort bemängelte man vor allem den Verkaufsschlager der Lokalität, den „Döner nach Art des Hauses“. Nach Analyse einer Probe teilte das Viersener Veterinäramt dem entsetzten Wirt mit, sein Döner sei in Wahrheit eine „Hackfleischzubereitung am Spieß“. Im Gegensatz zum „Döner“ habe der „Hackfleischspieß“ die „sensorischen Merkmale einer Frikadelle oder einer Brühwurst auf einem Spieß“. Deshalb entspreche die auf der Speisekarte ausgewiesene Bezeichnung „nicht der Verbrauchererwartung“ und sei „geeignet, den Verbraucher irreführen“.

Im benachbarten Schwalmthal-Waldniel sorgte die amtliche Wortgewalt bereits für eilige Menükorrekturen. In vorsorglicher Ordnungstreue verkauft der „Jasmin Döner“ seit kurzem nur noch unverfängliche Gerichte wie „Brottasche, Fleisch u. Soßen“ beziehungsweise „Mini-Brottasche, Fleisch u. Soßen“.

Latent renitent zeigen sich dagegen die Fast-Food-Konsumenten im sechs Kilometer entfernten Viersen-Dülken. Obwohl im „Deniz Kebab Haus“ offiziell nur noch „Drehspieß“, „Doppel-Hackfleischdrehspieß“ oder „Kinder-Drehspieß“ feilgeboten werden, ist der Großteil der Kundschaft unbeirrt der alten Semantik verhaftet und verlangt weiterhin lautstark nach „Döner komplett, bisschen scharf“.

Indes droht der ausgelöste Wirbel die Viersener Kreisgrenzen zu überschreiten, sollte das Vorgehen der peniblen Kreisbehörde Schule machen. An die 10 000 Döner-Restaurants gibt es nach Angaben des Offenbacher „Vereins der Dönerbetriebe und Dönerproduzenten“ bundesweit; der türkische Fast-Food-Spieß zähle zur „Nr. 1 der deutschen Imbissküche“.

Laut Vereinspräsident Ebubekir Kaynar gehen jährlich rund 73 000 Tonnen gegrillte Fleischschnipsel, verpackt in 720 Millionen Teigtaschen, über die Ladentheken und sorgen für einen Umsatz von mehr als 2,5 Milliarden Euro. Umgerechnet würde das einem Gesamtverbrauch von neun Dönern pro Kopf und Jahr entsprechen.

Kebab-Lobbyist Kaynar begrüßt die harte Vorgehensweise der Viersener Kreisverwaltung. Unsaubere Imitationen des Fast-Food-Produkts lösten in der Vergangenheit schließlich schon so manchen Lebensmittelskandal aus. Deshalb würde Kaynar zur Aufrechterhaltung und Verbesserung der Qualität gern ein eigenes Gütesiegel für türkische Fleischspieße einführen: den „Döner made in Germany“. SVEN RÖBEL



# Die Ampelmännchen

Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier und FDP-Chef Guido Westerwelle versuchen sich bei einer Buchpräsentation in der Kunst des öffentlichen Flirtens.

Beim ersten Rendezvous sollte man pünktlich sein. Guido Westerwelle wartet schon seit neun Minuten im Lichthof der Bundespresskonferenz. Er fährt mit seiner rechten Hand in die Hosentasche und wieder raus, immer wieder. Dann sucht er seinen Anzug nach Flusen ab, spitzt die Finger zum Zupfen, findet aber nichts. Endlich flüstert ihm ein Helfer zwei Worte ins Ohr: „Er kommt.“

Frank-Walter Steinmeier soll an diesem Freitag die erste Biografie über Guido Westerwelle vorstellen. Zu den klassischen Disziplinen des Politikerauftritts gesellt sich immer häufiger die Buchvorstellung. Je mehr der politische Betrieb zur Unterhaltungsindustrie wird, desto stärker wächst das Bedürfnis nach neuen Events.

„Wo geht's hin?“, fragt Steinmeier. Es klingt wie: Zu dir oder zu mir? Es ist Freitag, 12.09 Uhr, und Frank-Walter Steinmeier übt die Kunst des politischen Balzens. Es ist ein Experiment, gerade für ihn, der bislang für alles Mögliche bekannt war, aber nicht für seinen Charme.

„Hier entlang“, sagt Westerwelle, er zeigt in den Saal. „Nach Ihnen.“ Sie kämpfen sich vor in die erste Reihe, vorbei an den Kameras und Fotografen, der Kanzlerkandidat einer schwächelnden Volkspartei und der Chef einer wachsenden Steuersenkungspartei. Ein aktueller und ein ehemaliger Kanzlerkandidat. Ein Außenminister und ein Möchtegernaußenminister. Ein merkwürdiges Paar.

Sie setzen sich. Während die Fotografen fotografieren, eröffnet Steinmeier den öffentlichen Flirt, er lehnt sich nach links. „Ich habe aus diesem Buch gelernt, dass Ihre Eltern aus dem Lippischen sind“, flüstert er in Westerwelles Ohr. Steinmeier stammt selbst aus dem Lippischen. „Deshalb kenne ich auch all ihre Jugendgeschichten.“ Westerwelle lacht, die Blitzlichter blitzen.

Es hat etwas Bemühtes, auch etwas Unwürdiges, aber Steinmeier ist von

nun an auf Westerwelles Zuneigung angewiesen, er braucht ihn, um vom Vizekanzler zum Kanzler zu wachsen. Sollte es nach der Wahl am 27. September nicht für eine schwarz-gelbe Koalition reichen, wird Steinmeier versuchen, eine Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP zu schmieden. Im Herbst 2005 hat Westerwelle ein Ampelangebot von Gerhard Schröder noch ausgeschlagen. Und diesmal? Die Frage, ob Westerwelle Steinmeier erhören würde, ist eine der großen Fragen dieses Wahljahres.

Bescheidene Menschen wären jetzt vermutlich errötet, aber Westerwelle sitzt einfach da und genießt. Als Steinmeier sagt, dass er ernster geworden sei, klemmt Westerwelle seinen Handrücken unter das Kinn, wie eine Rodin-Skulptur, und stellt seine Ernsthaftigkeit aus.

Die deutsche Politik erinnert in dieser Stunde an die Sendung „Nur die Liebe zählt“. Dort wird auch in jeder Folge jemand umworben, und am Ende muss er sich entscheiden, ob er dem Werbenden eine Chance geben will oder nicht. Es fehlt eigentlich nur Kai Pflaume.

Jetzt tritt Westerwelle ans Mikrofon, reibt sich die Hände, grinst genüsslich. Es ist die Woche, in der die FDP in einer einzelnen Umfrage zum ersten Mal bei 18 Prozent liegt, so wie Möllemann es einst ausgerufen hatte.

Westerwelle hat ein anderes Motiv für diesen Flirt. Steinmeier interessiert ihn nur indirekt, er braucht ihn, um jene Dame eifersüchtig zu machen, der sein eigentliches Interesse gilt. Wenn Angela Merkel sieht, wie gut sich



Parteistrategen Westerwelle, Steinmeier: „Gewiefter Taktiker“

Man sollte beim ersten Rendezvous eigentlich nicht über das Vorleben sprechen, aber in Westerwelles Biografie taucht „Steinmeier, Frank-Walter“ nur an fünf Stellen auf, auf den Seiten 9, 13, 258, 261 und 268. Das ist weniger als „Schultz-Tornau, Joachim“ oder als ein gewisser „Goebel, Hans-Rolf“ und weit weniger als „Möllemann, Jürgen“ (circa 50-mal). Die Zahlen zeigen, welche Rolle Steinmeier bisher für Leben und Karriere des Guido Westerwelle gespielt hat. Der Kandidat möchte, dass sich das bald ändert.

Deshalb geht er nun ans Rednerpult und umgarnt Westerwelle mit Worten. Er macht das geschickt, witzig, sympathisch, genau wie man es beim ersten Mal machen sollte. Er kann eben doch charmant sein, er verschenkt Komplimente wie der Staat Milliarden, nennt Westerwelle einen „Vollprofi“, einen „gewieften Taktiker“, er sei ernster geworden und werde ernster genommen.

Westerwelle mit ihrem Konkurrenten versteht, dann wird sie sich klarer zu ihm bekennen. Das ist die Hoffnung. Deshalb flirtet er nicht heimlich, sondern öffentlich, nicht im Wohnzimmer, sondern auf großer Bühne. Es ist so banal wie in schwierigen Beziehungen.

Am Ende beantwortet Westerwelle die Frage, ob die Balz etwas bewegt hat, mit einem freundlichen: eher nein. „Ich will eine andere Regierung, eine bürgerliche Regierung“, sagt er. Daran ändere auch keine Buchvorstellung was.

Steinmeier schaut für einen kurzen Moment etwas traurig drein, aber dann fällt ihm ein, dass man nicht zu früh aufgeben darf, dass das Wahljahr lang ist und dass es sich in der Politik nicht anders verhält als im Leben: Westerwelle mag weiter von der Liebe seines Lebens träumen. Aber am Ende wird er nehmen, was er bekommen kann.

MARKUS FELDENKIRCHEN





Essener Georg-Melches-Stadion: Große Gefühle und verletzte Eitelkeiten

STÄDTE

## Luxuslogen für Amateurkicker

Trotz leerer Kassen will die Stadt Essen für ihren viertklassigen Fußballverein Rot-Weiss ein neues Stadion bauen. Ein Investitionsprogramm der absurden Art.

Deutschland wird mit dem Rotstift regiert. Die Weltfinanzkrise schlägt durch bis in die kleinste Gemeinde. Hunderttausende fürchten um ihre Jobs. Schwimmbäder und Bibliotheken werden dichtgemacht; Leistungen für die Bürger zusammengestrichen; was nicht unbedingt sein muss, wird aufgeschoben.

Nur in Essen – 580 000 Einwohner, über drei Milliarden Euro Schulden – scheinen die schlechten Zeiten noch nicht angekommen zu sein. Die Stadtväter der Industriemetropole debattieren dieser Tage, ob ihr neues Fußballstadion für 18 000 oder besser gleich für 30 000 Besucher ausgelegt werden soll. Ob die Parkplätze für die VIPs reichen. Und wie viel Luxus die Sponsoren in ihren Logen erwarten.

Der Fußballverein Rot-Weiss Essen war früher eine feine Adresse. In den fünfziger Jahren schoss die Fußball-Legende Helmut „Boss“ Rahn den Club einmal sogar zur Deutschen Meisterschaft. Doch zuletzt rutschte RWE bis ins Amateurlager ab, misst sich jetzt in der Regionalliga West mit dem BV Cloppenburg, Wormatia Worms und den Sportfreunden Lotte. Die Spiele im baufälligen Georg-Melches-Stadion besuchen im Schnitt 7800 Zuschauer. Trotzdem will eine Allparteien-Allianz im Stadtrat diese Woche den Neubau einer Fußballarena beschließen, für bis zu 40 Millionen Euro.

Der Plan ist skurril. Denn nicht nur sportlich steckt RWE tief in der Krise, auch unter finanziellen Gesichtspunkten ist der Viertligist ein Desaster. Entgegen allen öffentlichen Beteuerungen ist er finanziell

stark angeschlagen. Zwischen sechs und acht Millionen Euro, das geht aus Prüfberichten hervor, die dem SPIEGEL vorliegen, sollen die Stadt Essen, deren Tochterfirmen sowie Sponsoren nach internen Planungen aufbringen, um den Spielbetrieb und die Rückkehr ins Profi-Geschäft auf Sicht zu garantieren.

Bis vergangenen Freitag drohte sogar der Verlust der DFB-Lizenz. Ein internes Papier der Unternehmensberatung Roland Berger vom 18. Februar belegt die brisante Lage. Demnach sahen sich die Wirtschaftsprüfer des Clubs bis dato außerstande, die notwendigen Testate für den Lizenzantrag der kommenden Saison 2009/2010 auszufertigen – weil in der Vereinskasse eine „Liquiditätslücke von 1,3 Millionen Euro“ klaffte.

Diese Hürde wurde in letzter Minute genommen, beteuert Thomas Strunz, ehemaliger Nationalspieler und Geschäftsführer Sport bei RWE. Über den Berg ist der Verein aber noch lange nicht. Damit es die Mannschaft bei Fertigstellung der Arena überhaupt noch gibt, wollen die Retter den Verein in einer konzertierten Aktion erst mal „schuldenfrei stellen“. Laut der Berger-Berechnung wären dazu 3,1 Millionen Euro fällig, Lizenzzertung eingerechnet.

Weitere vier Millionen Euro sind nötig für den Rückkauf von Fernseh- und anderen Rechten, die RWE vor gut zehn Jahren an den Medienunternehmer Michael Kölmel abgetreten hat. Die zehn Millionen Euro, die der Rechthändler damals ge-



Neues RWE-Stadion (Modell)  
Schöne teure Welt

zahlt hatte, waren ganz rasch in den laufenden Spielbetrieb abgeflossen.

Die beträchtlichen Altlasten des Vereins scheinen die Essener Stadtväter nicht zu stören. Für sie geht es um große Gefühle, Traditionen und verletzte Eitelkeiten. „RWE braucht ein vernünftiges Stadion“, sagt Stadtdirektor Christian Hülsmann und schaut grimmig aus dem 12. Stock des Essener Rathauses. In der Ferne kann er die weiß leuchtende Schalke-Arena erkennen.

Und so können die Planungen zur Entschuldung von RWE und zur Finanzierung des Stadions gar nicht ehrgeizig genug sein. Mehrere hunderttausend Euro hat allein die Projektbegleitung „Fußball in Essen – Zukunftsszenarien für RWE“ durch die Berater von Roland Berger gekostet.

Mit den Gegenwartsszenarien in Essen sind solche Investitionen kaum vereinbar. Erst kürzlich demonstrierten Tagesmütter vor dem Rathaus gegen den Dumpinglohn von 1,89 Euro pro Kind und Stunde, den sie von der Stadt bekommen. Wie es in Schulen der Reviermetropole aussieht, machte jüngst die ARD-Sendung „Hart aber fair“ am Beispiel der Dürerschule anschaulich: abgestützte Decken, aus denen nackte Elektrokabel ragen. Während der Renovierung war das Geld ausgegangen.

Dennoch soll in dieser Woche die schöne teure RWE-Welt im Rat abgesegnet werden. Wie genau die Finanzierung aussehen wird, ist noch unklar. Sicher scheint nur, dass die Stadt für rund 20 Millionen Euro eine ihrer attraktivsten Immobilien verschern will: das Hotel Handelshof, das einst Heinz Rühmanns Eltern betrieben haben. Und sicher scheint auch, dass die örtliche Sparkasse und kommunale Betriebe wie die Stadtwerke, Reinigungs- und Entsorgungsbetriebe als Sponsoren der viertklassigen Fußballtruppe zur Kasse gebeten werden.

Doch welchen Wert haben Banden- oder Trikotwerbung bei einem Amateurtteam? Warum sollte sich jemand am Auftritt des 1. FC Kleve erfreuen, wenn er nach ein paar Minuten Autofahrt echte Bundesliga-Dramen in Bochum, Dortmund oder auf Schalke erleben kann?

Geschäftsführer Strunz, als langjähriger Profi des FC Bayern München das bekannteste Fußballergesicht von RWE, mag indes nur nach vorn schauen und nach oben: Erst kommt das Stadion und dann der Aufstieg. Sorgen um die Finanzierung macht er sich nicht. Strunz: „Unsere Sponsoren lassen uns nicht im Stich.“

Die großen Essener Industrie-konzerne teilen so viel Optimismus offensichtlich nicht. Sie sehen das teure Fußballabenteuer eher skeptisch. Der Mischkonzern Evonik hat gerade seine in Aussicht gestellte Beteiligung am Stadionneubau in Höhe von acht Millionen Euro gestrichen. FRANK DOHMEN, BARBARA SCHMID



DIPLOMATIE

# Imagepflege im Krisengebiet

Mit seinem Blitzbesuch in Bagdad will Außenminister Frank-Walter Steinmeier die Amerikaner charmieren – und ganz nebenbei die Kanzlerin ausstechen.

Es ist Dienstagnachmittag in Bagdad, der irakische Außenminister Hoschar Sebari begrüßt seinen deutschen Amtskollegen Frank-Walter Steinmeier. Der Pressesaal ist gut gefüllt, 23 Kameras verfolgen den Auftritt. Besuche wie diese würden „wegen der wachsenden Sicherheit etwas ganz Normales“ werden, sagt Sebari. Steinmeier „wollte eigentlich schon längst kommen“, behauptet er, „aber es gab Terminprobleme“. Mit dem Machtwechsel in den USA habe das nichts zu tun.

Der deutsche Außenminister lächelt fein, aber möchte die Darstellung des Kollegen nicht kommentieren, zumindest nicht öffentlich. Doch später, auf der Treppe, wird er auf die „Terminprobleme“ angesprochen, da lacht Steinmeier meckernd und ruft: „Das wusste ich auch nicht!“

Der irakische Außenminister wollte den Eindruck verwischen, Steinmeier habe die Abwahl des amerikanischen Präsidenten George W. Bush abgewartet, bevor er in den Irak fuhr. Schließlich möchte er, dass man sich für sein Land interessiert, Obama hin, Bush her.

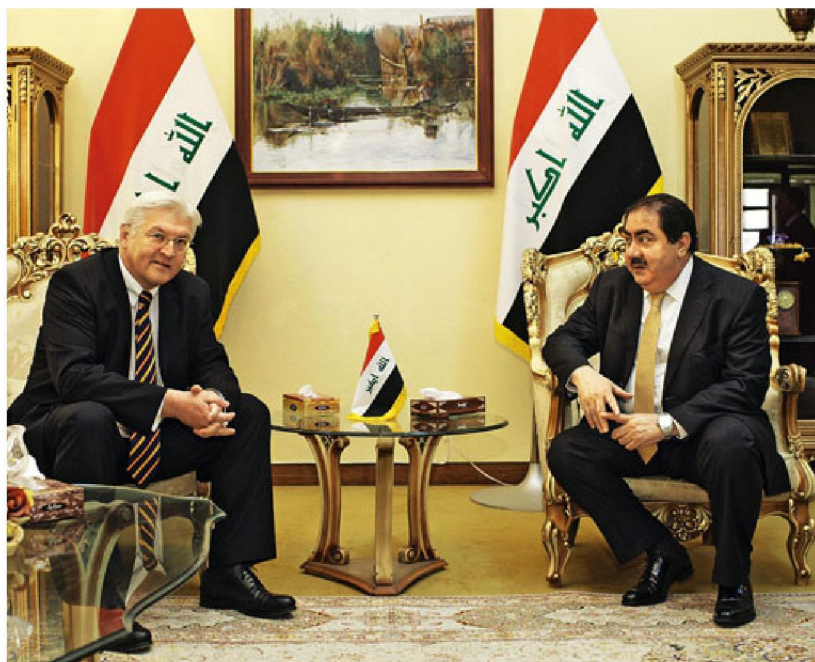
Steinmeier dagegen wollte mit seinem Besuch genau dieses Signal senden, die neue Einigkeit mit den USA in der Außenpolitik demonstrieren. Den Irak des George W. hätte er nicht besucht, er wartete auf Barack Obama, auf den Irak des Wiederaufbaus. „Wir wollen ein neues Kapitel aufschlagen“, sagt Steinmeier. „Wir reichen dem neuen Irak die Hand.“ Es ist die erste Reise eines deutschen Außenministers in das Land seit 22 Jahren.

Für den Trip nahm Steinmeier größere Gefahren in Kauf. Anders als etwa Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy, der mit einer Handvoll Mitarbeiter kurzfristig von seiner Nahost-Reiseroute nach Bagdad abbog, erschien Steinmeier mit

großem Gefolge. Ein Dutzend Manager und Abgeordnete, mehrere Journalisten sowie ein stilles Polizeiaufgebot begleiteten ihn.

Etwa 30 Autos zählte sein Konvoi auf dem Flughafen Bagdad, wo er am Dienstagmorgen um 11.15 Uhr Ortszeit gelandet war. Aus Angst vor Attentätern wurde der Tross bei jeder Fahrt durch die Stadt in vier Teile getrennt, die sich immer erst wieder auf dem sicheren Gelände der Regierungspaläste trafen. Jedes Mal wenn Steinmeier sich in seinen gepanzerten Geländewagen setzte, musste er eine Splitterschutzweste über den Anzug ziehen.

Den Schutz übernahmen die GSG 9 und Steinmeiers Leibwächter. Zusätzlich hatte das Bundeskriminalamt ein Dutzend Spezialisten einer Sonderauslandseinheit nach Bagdad geschickt. Die kräftigen Kämpfer, in Tarnuniform und mit Sturmgewehr, hätten den Minister und die Abgeordneten nicht bloß vor Attentaten geschützt, sondern wären gleich zum Gegenangriff übergegangen.



Gesprächspartner Steinmeier, Sebari\*: „Es gab Terminprobleme“

Was Steinmeier in Bagdad zu sehen bekam, wirkte wie eine Geisterstadt. Cafés, Läden, Frauen, Kinder und andere Anzeichen urbanen Lebens fehlten. Das Bagdad, das der Minister sah, bestand aus Checkpoints, Betonmauern und Palästen.

Am Abend saß Steinmeier dann im trüben Speisesaal des heruntergekommenen Raschid-Hotels mit der Wirtschaftsdelegation zusammen. Zu alkoholfreiem Weizenbier gab es gegrilltes Hähnchen vom Buffet. Plötzlich fiel auch noch der Strom aus, der Minister war in der Dunkelheit nur noch anhand der glimmenden Zigarette zu lokalisieren.

\* Am vergangenen Dienstag in Bagdad.

Spätestens in diesem Moment stellte sich die Frage, ob diese Reise den Aufwand wert ist. Natürlich, die Wirtschaftsvertreter waren glücklich über diesen Trip. Schließlich verspricht der Aufbau der irakischen Wirtschaft überaus satte Aufträge. Allein die Modernisierung der Eisenbahn ist ein Multimilliarden-Geschäft. Siemens und Daimler haben schon Büros in Bagdad eröffnet.

Doch für Steinmeier war es nicht nur die Reise selbst, die zählte, sondern auch ihr Zeitpunkt. Denn wie vor knapp drei Wochen, als er noch vor Merkel als erstes deutsches Regierungsmitglied mit Hillary Clinton eine Vertreterin der neuen Obama-Administration in Washington traf, darf er nun für sich verbuchen, vor der Kanzlerin in Bagdad gewesen zu sein. Um dieses Ziel zu erreichen, führte er seine Rivalin sogar ein wenig in die Irre.

Bevor der damalige Wirtschaftsminister Michael Glos vorigen Sommer in den Irak geflogen war, hatte Steinmeier dem CSU-Kollegen noch entschieden abgeraten.

Auch Angela Merkel sagte er damals, man solle unbedingt warten mit einer Visite im Zweistromland. Zu früh, zu aussichtslos.

Jetzt aber preschte er selbst vor – und die Regierungschefin konnte von Berlin aus zuschauen, wie Steinmeier sich bei Amerikanern und Irakern beliebt machte. Was Angela Merkel dazu sage? Er brauche doch keine Dienstreisegenehmigung der Kanzlerin, brummte Steinmeier auf der Reise.

So profitiert auch der Kandidat von diesem Trip, nicht nur der Außenminister. Doch solche Gedanken weist Steinmeier offiziell empört zurück.

Im Innenhof seines Bagdader Hotels absolvierte der Minister am Dienstagabend eine Interview-Schaltung nach der anderen. Erst das ZDF, dann RTL, zuletzt die ARD. Steinmeier wirkte gut gelaunt, fast aufgekratzt.

Dann aber fragte Caren Miosga in den „Tagesthemen“ von Hamburg aus, ob die Reise nach Bagdad am Ende eine Wahlkampfveranstaltung sei. Steinmeier verlor kurz die Nerven. Das sei „Unsinn“, schnauzte er ins Mikrofon und redete über die Zukunft des Irak. Noch Minuten später ging er auf dem Hotelflur auf und ab und machte seinem Unmut Luft.

Dass er mehr nach sich als nach dem Irak gefragt wird, daran wird er sich langsam gewöhnen müssen.

RALF BESTE



DATENSCHUTZ

# Virtuelle Spürhunde

Der Technologiekonzern Honeywell hat auf den Computern seiner Mitarbeiter eine Späh-Software installiert. Betriebsrat und Juristen halten das für illegal.

Der schwedische Bestsellerautor Stieg Larsson hat die Heldin seiner Krimi-Trilogie mit einer bemerkenswerten Fähigkeit ausgestattet: Lisbeth Salander ist sozial zwar schwer gestört, aber eine geniale Hackerin. So gelangt sie an Kontendaten, geheime Ermittlungsberichte und E-Mails ihrer Zielpersonen. Fiktionale Übertreibungen, mag man meinen. Doch das wahre Leben hat die Thril-

ihre ganze Belegschaft unter Generalverdacht stellen. Man hat bei Lenin gelernt: Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser.

EnCase kann laut Angaben seiner Herstellerfirma, Guidance Software im kalifornischen Pasadena, nicht nur in kürzester Zeit die komplette Festplatte des angezapften Rechners kopieren und als Beweismittel sichern. Das Programm analysiert E-Mails, erstellt Protokolle, auf welchen Internet-Seiten gesurft wurde, auch wenn die Daten gelöscht wurden. Selbst überschriebene Festplatten können so größtenteils wiederhergestellt werden. EnCase ist so gut, dass auch das amerikanische FBI und Fahnder von Scotland Yard es einsetzen.

Erfahren haben die deutschen Honeywell-Mitarbeiter von der Schnüffel-Software auf ihren Rechnern eher durch Zufall. Ein externer EDV-Dienstleister machte den Betriebsrat auf die virtuellen Spürhunde in den Rechnern aufmerksam.

Seither versuchen die Arbeitnehmervertreter, die Anwendung von EnCase zumindest in Deutschland zu verhindern und

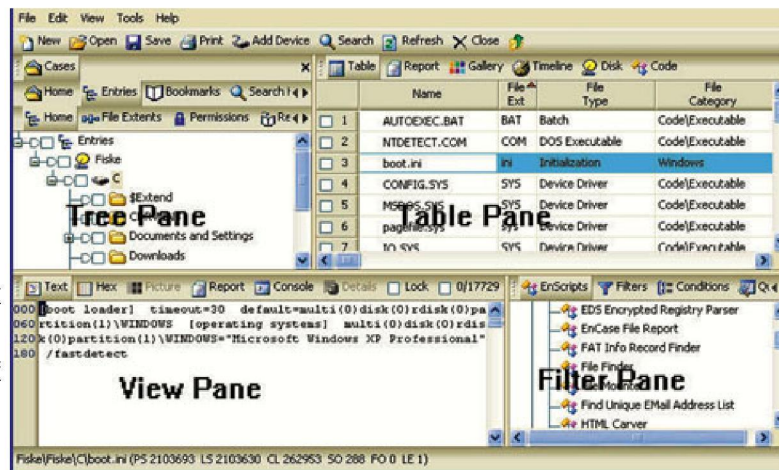
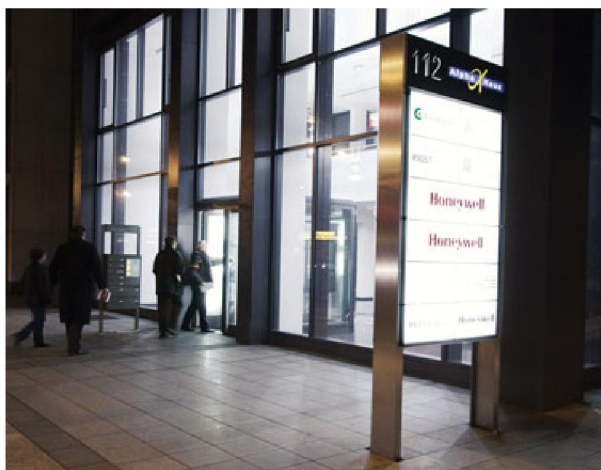
benutzt werden. Zudem seien die so gewonnenen Erkenntnisse vor deutschen Gerichten nicht verwertbar.

Bislang gibt es keinen Beleg, dass EnCase hierzulande schon im Einsatz war. Bei Honeywell in Schottland hat es unterdessen schon geschnüffelt. Die erappten Mitarbeiter hatten sich indes nur unerlaubt Musikdateien aus dem Internet geladen.

Doch trotz aller Kritik hält die deutsche Dependence des Konzerns bislang an EnCase fest. Das Programm sei dazu da, das Netzwerk vor möglichen Viren- und Trojanerangriffen zu schützen, argumentierte die Geschäftsführung. Doch die Software an sich ist gar nicht in der Lage, allein eine solche Attacke wirksam zu vereiteln.

Das Management in Offenbach ließ sich lediglich abtrotzen, dass die Software so lange nicht eingesetzt werde, wie die Mitarbeiter ihre Honeywell-E-Mail auch privat nutzen dürfen. Doch auch diese Betriebsvereinbarung wurde inzwischen gekündigt.

Auf Anfrage des SPIEGEL erklärte der Konzern, man habe EnCase in Deutsch-



Honeywell-Deutschland-Zentrale in Offenbach, Spionage-Software EnCase: „Möglichkeiten, von denen Schäuble nur träumen kann“

ler und ihre weibliche Hauptfigur bereits eingeholt.

Mit Hilfe raffinierter Schnüffel-Software können Konzerne jederzeit die Rechner ihrer Belegschaft ausforschen. Das US-Unternehmen Honeywell zum Beispiel, mit weltweit rund 130.000 Mitarbeitern und mehr als 36 Milliarden Dollar Umsatz einer der größten Technologiekonzerne der Welt. Honeywell entwickelt Triebwerke, Turbolader, chemische Produkte – aber offenbar auch eine große Neugier, was die Aktivitäten der eigenen Belegschaft betrifft.

Internen Unterlagen zufolge wurde auf nahezu allen Computern der Firma, darunter auch denen der rund 6000 deutschen Mitarbeiter, die Software EnCase installiert. Das Programm wird auch von deutschen Sicherheitsbehörden genutzt, etwa um gelöschte Dateien auf einer Festplatte wieder sichtbar zu machen.

Dass Honeywell sich eines solchen Programms bedient, zeigt, dass Firmen auf der Suche nach schwarzen Schafen bisweilen

das Programm wieder von den Rechnern nehmen zu lassen, weil es aus ihrer Sicht „in unzulässiger Weise in die Persönlichkeitsrechte der Arbeitnehmer eingreift“, wie es in einem internen Papier heißt.

„Die Software eröffnet der Firmenleitung in den USA Möglichkeiten, von denen Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble nur träumen kann“, klagt ein Betriebsrat mit Blick auf die Berliner Initiativen zur Online-Durchsuchung.

Der Ausgeschnüffelte merke nicht einmal, dass „von außen auf seinen PC oder Laptop zugegriffen wird“. Die Operation geschieht vom Sicherheitscenter des Konzerns in den USA aus. Von dort können die schlafenden Spione auf den Festplatten in Gang gesetzt werden, um verdeckt Beweise zu sammeln – für was auch immer.

Juristen halten Programme wie EnCase hierzulande aus Datenschutz- und Persönlichkeitsrechtsgründen für äußerst problematisch. Schon gar nicht dürfe das Programm ohne Zustimmung des Betriebsrats

land bislang nicht aktiviert. Der Konzern werde die Software nur nutzen, um die Sicherheit seiner Informationen und die Mitarbeiter vor Bedrohungen aus dem Netz zu schützen. Auch wolle man mit dem Betriebsrat weiter verhandeln, wie künftig sowohl deren Persönlichkeitsrechte als auch die Sicherheitsinteressen der Firma gewährleistet werden könnten.

Vorher aber wird Honeywell wohl ein Fall für die Justiz. Ende März soll das Arbeitsgericht Offenbach klären, ob die Firma durch die EnCase-Installation Mitbestimmungsrechte in Deutschland verletzt hat.

Guidance Software ist sich der Problematik des eigenen Produkts offenbar bewusst. In Europa, heißt es in einem Firmenpapier, habe der Schutz von Privatsphäre und Briefgeheimnis einen hohen Stellenwert. Überwachungsaktionen müssten daher in einem angemessenen Verhältnis stehen. US-Firmen, die den EnCase-Einsatz planten, sollten sich dieser Problematik bewusst sein.

JÖRG SCHMITT





Beisetzung des Polizisten Carroll am 13. März: „Verräter an der Insel“



IRA-Bombenanschlag in London 1973: Mörderische Vergangenheit

NORDIRLAND

## Wettlauf der Dissidenten

Zwei Anschläge innerhalb von zwei Tagen brachten die Gewalt zurück auf die Insel. Sicherheitskreise konstatierten schon seit Monaten eine neue Bedrohungslage.

**G**eht es nun wieder los? Reicht die Ermordung von zwei britischen Soldaten und einem nordirischen Polizisten, um Nordirland zurückzutreiben in die Zeit der blutigen „troubles“? Fast elf Jahre nachdem sich die Terrormilizen der Provinz, Katholiken wie Protestanten, irische Nationalisten wie Britannien-treue Loyalisten im Karfreitagsabkommen auf eine Entwaffnung geeinigt hatten? Und vier Jahre nachdem die katholische Untergrundarmee IRA das Ende des bewaffneten Kampfes verkündet hatte und die Feinde von einst sich in einer gemeinsamen Regierung zusammengerauft hatten?

Die Bilder gleichen sich: Die 5000 Demonstranten vor den Eisengittern des Belfaster Rathauses, die am Mittwoch ein Ende des Mordens forderten, sahen so aus wie die, die sich dort jedes Mal nach schweren Anschlägen zusammenfanden.

Wie Gespenster aus einer mörderischen Vergangenheit meldeten sich auch die politischen Vertreter der Täter zu Wort. Sie erklärten in der über Jahrzehnte geformten Sprache dieses Konflikts, warum der Mord an dem Polizeioffizier kein Mord war. Im Sprachgebrauch der Unbelehrbaren ist so etwas eben „unvermeidbar“, das Ergebnis einer „militärischen Auseinandersetzung“. Im Krieg, nicht wahr, sterben Leute.

Aber es war auch vieles anders, diesmal. Als Stephen Carroll am Freitag zu Grabe getragen wurde, folgten die Feinde von einst gemeinsam seinem Sarg. Briten,

Iren, nordirische Katholiken wie Protestanten schworen, dass die jüngsten Morde die Zeit nicht zurückdrehen könnten. Belfasts Vizepremier, der ehemalige IRA-Führer Martin McGuinness, nannte die Täter „Verräter an der Insel Irland“.

In den besseren Stadtvierteln von Belfast ist das Zusammenleben der Volksgruppen schon seit Jahren kein Problem mehr. In ärmeren Regionen aber fliegen nach wie vor Steine, wenn nicht Brandsätze in die Fenster derjenigen, die in der falschen Straße leben. Es sind diese Brennpunkte, in denen die Unbeugsamen den Nachwuchs rekrutieren: Das Personal der beiden wichtigsten Dissidentengruppen – Real IRA (RIRA) und Continuity IRA (CIRA) – hat sich in den vergangenen Jahren entscheidend verjüngt. Gezielt würden mittlerweile, so beobachten Ermittler, sogenannte „clean skins“ rekrutiert, junge Saubermänner ohne terroristische Vergangenheit. Als Polizeikräfte vor zwei Jahren ein Haus in Belfast stürmten, platzten sie mitten in einen Vortrag, den ein erfahrener Kämpfer den Nachwuchskräften hielt, einer der Rekruten war gerade mal 15.

Die ältere der beiden Untergrundgruppen, die CIRA, die sich schon 1986 formierte und nun zu dem Polizistenmord in Craigavon bekannte, soll in der Kleinstadt gleich mehrere Einheiten unterhalten. Ihre Waffenkäufe finanziere sie durch Drogenhandel, Raubüberfälle und Erpressung, heißt es im neuesten Bericht der Unabhängigen Kommission IMC, die die Organisationen permanent beobachtet.

Die CIRA habe schon 2008 Anschläge auf Polizeikräfte geplant und ausgeführt, stellte die Kommission im vergangenen November fest. Ebenso wie die zweite Gruppe, RIRA, sei sie eine „zunehmende Bedrohung“. Die „Real IRA“, die sich zu dem Anschlag auf die britischen Soldaten bekannt hat, gilt als die größere und gewalttätigere Organisation. Gegründet wurde sie 1997, aus Protest gegen die Bereitschaft der Sinn-Fein-Partei, sich am Friedensprozess zu beteiligen. Seither war die RIRA für die blutigsten Attentate der nord-

irischen Geschichte verantwortlich: 1998 tötete eine ihrer Bomben 29 Menschen in Omagh. Sie verübte einen Anschlag auf den Geheimdienst MI6 in London, 2002 ermordete sie einen zivilen Armeemitarbeiter in Derry. Danach wurde es ruhiger, bis zum vergangenen Jahr.

2008 nahmen die Anschläge wieder zu: Im Sommer wurden umfangreiche Waffenlager sichergestellt. Brandbomben flogen auf Läden in Cookstown, eine Bombe wurde unter einem Polizeifahrzeug gezündet. RIRA und CIRA liefern sich einen erbitterten Wettstreit. Wer ist der Erste, der einen toten Polizisten vorweisen kann? Es geht auch ganz einfach darum.

Am 5. März dieses Jahres erklärte Polizeichef Hugh Orde, die Bedrohungslage habe nun „ein kritisches Level erreicht“. Im Monat zuvor war in einem abgestellten Auto in Castlwellan in der Nähe einer britischen Militärbasis eine 136-Kilo-Bombe mit einer neuartigen Sprengfalle gefunden worden – eine Entdeckung, die die Behörden aufschrecken ließ.

Der ehemalige IRA-Kämpfer Anthony McIntyre, der 18 Jahre lang für seine Taten im Gefängnis saß, glaubt, dass auch in Zukunft immer wieder mit Anschlägen dieser Gruppen zu rechnen ist. „Sie haben sich neu organisiert und besser aufgestellt“, sagt McIntyre, „und jetzt haben sie gezeigt, was sie können.“

Doch es gibt eine Art Lebensversicherung für den Friedensprozess, der in den vergangenen elf Jahren schon vielen Belastungen ausgesetzt war. Solange Nordirlands „hard men“ weiterhin für den Ausgleich sind, haben Extremisten wenig Chancen.

Die „harten Männer“, das sind jene Kriegshelden auf beiden Seiten des Konflikts, deren Taten noch immer bewundert werden. Der Protestant Jackie McDonald, Führer der Ulster Defense Association, ist einer von ihnen. Auch er war auf der Beerdigung des Polizisten und sagte: „Die IRA hat unser Land gespalten, die Taten der Dissidentengruppen bringen uns nun wieder zusammen.“

HANS HOYNG,  
BRITTA SANDBERG





Hinrichtung im Mittelalter\*: Vorliebe für frische Kadaver, gerädert oder geköpft

GESCHICHTE

## Die Heilkraft des Todes

Waren die Europäer einst Kannibalen? Bis zum Ende des 18. Jahrhunderts war Menschenfleisch fester Bestandteil der Medizin.

Das Fleisch, so rät das Rezept, sei „in kleine Stücke oder Scheiben“ zu schneiden und mit „Myrrhe und ein wenig Aloe“ zu besprenkeln, dann für einige Tage „in Weingeist“ einzuweichen. „An der trockenen Luft“ müsse es schließlich hängen. Dann werde es am Ende „vergleichbar mit geräuchertem Fleisch“ sein – und „nicht stinken“.

Der deutsche Pharmakologe Johann Schröder notierte diese Worte im 17. Jahrhundert. Indes, hier ist nicht von Katenschinken oder Rinderlende die Rede. In der Anleitung geht es um den „frischen Kadaver eines rothaarigen Mannes“, „etwa 24 Jahre alt“, der „gehängt, gerädert oder geköpft“ werden und dann „einen Tag und eine Nacht in Sonne und Mond“ gelegen haben sollte – bei „heiterem Wetter“, wohlgemerkt.

Arzneirezepturen wie diese, die zur Verarbeitung menschlicher Körper anleiten, waren im Europa des 16. und 17. Jahrhunderts fast so gängig wie der Gebrauch von

Kräutern, Wurzeln und Rinden. „Leichenteile und Blut waren Bedarfsartikel, die es in jeder Apotheke gab“, sagt der Medizinhistoriker Richard Sugg von der britischen Durham University, der derzeit ein Buch zum Thema verfasst. Sogar „Lieferengpässe“ beschreibt er aus den Hoch-Zeiten des sogenannten „medizinischen Kannibalismus“. Sugg ist sicher: „Nicht die Bewohner der Neuen Welt, sondern die Europäer waren die eifrigsten Kannibalen.“

Tatsächlich künden zahllose Quellen von der morbiden Praxis früher europäischer Heiler. Schon die Römer tranken Gladiatorenblut gegen Epilepsie. Umfassende Bedeutung jedoch bekam die Totenmedizin in der Renaissance. Zunächst machten vor allem Pülverchen aus geschredderten ägyptischen Mumien Karriere als „Elixier des Lebens“, so Sugg. Anfang des 17. Jahrhunderts dann verlegten sich die Heiler auf die sterblichen Überreste Hingerichteter oder gar die Leichen von Bettlern und Aussätzigen.

Der deutsch-schweizerische Arzt Paracelsus war einer der vehementesten Verfechter der Leichenfledderei, die schließlich bis in höchste Schichten der Gesellschaft populär wurde. Legendar etwa ist der „medizinische Irrsinn“ (Sugg) des britischen Königs Karl II. 6000 Pfund zahlte er für ein Rezept zur Verflüssigung menschlichen Hirns. Das resultierende Destillat, als „des Königs Tropfen“ in die Medizingeschichte eingegangen, applizierte der Regent fast täglich.

Gelehrte und Adlige, aber auch einfache Leute schworen auf die Heilkraft des

Todes. Die US-Anthropologin Beth Conklin etwa kolportiert aus Dänemark, wie sich Epileptiker, „eine Tasse in der Hand“, um das Schafott drängten, „bereit, das aus dem noch zitternden Körper quellende Blut herunterzustürzen“. Totenschädel fanden als Arzneien ebenso Verwendung wie das Moos, das auf denselben zu sprießen pflegte – und angeblich Blutungen stillte.

Menschenfett sollte Rheuma und Arthritis lindern, Leichenpaste gegen Quetschungen helfen. Sugg misst Menschenfleisch zudem religiöse Bedeutung zu. Für manche Protestanten sei es eine Art Ersatz für die Eucharistie gewesen, das Verkosten des Leibs Christi beim Abendmahl. So hätten einige Mönche aus dem Blut Verstorbener „eine Art Marmelade“ gekocht.

„Es ging um die dem menschlichen Organismus innewohnende Lebenskraft“, sagt der Forscher. Die Annahme: Alle Organismen haben eine vorbestimmte Lebensspanne. Stirbt ein Körper auf unnatürliche Weise – daher die Vorliebe für Exekutierte –, kann der Rest dieser Lebenszeit gleichsam geerntet werden.

Indes nicht immer mit Erfolg: Als Papst Innozenz VIII. 1492 im Sterben lag, ließen seine Ärzte drei Knaben zur Ader. Das Blut gaben sie dem Chefkatholiken zu trinken. Die Knaben starben. Der Papst auch.

War das alles Kannibalismus? Sugg zweifelt nicht daran. Wie den Kannibalen der Neuen Welt sei es den Europäern im Kern um den „quasi magischen Verzehr von Vitalkraft“ gegangen. Die Anthropologin Conklin hält die hiesige Form des Kannibalismus sogar für besonders bemerkenswert. Außerhalb Europas habe „die Person, die aß, zu der Person, die gegessen wurde“, fast immer eine Beziehung gehabt. Europas Kannibalismus dagegen sei „ausgesprochen asozial“ gewesen: „Was zählte, war ausschließlich Qualität; menschliche Körperteile waren Handelsware, gekauft und verkauft, um Profit zu machen.“

Ende des 18. Jahrhunderts allerdings war der Spuk vorbei. „Mit der Aufklärung wollten die Ärzte ihre abergläubische Vergangenheit hinter sich lassen“, glaubt Sugg. Den Niedergang „widerlicher und bedeutungsloser“ Arzneien wie „pulverisierter Totenschädel“ begrüßte 1782 etwa der Arzt William Black. Diese „und ein Mischmasch anderen Unflats“ seien zum Glück aus den Apotheken verschwunden.

Eine Ära ging zu Ende und mit ihr das Interesse an Rezepten wie jenen des Briten John Keogh. Bei „Schwindel“ empfahl der 1754 verstorbene Prediger beispielsweise pulverisiertes menschliches Herz.

Dosis und Art der Anwendung: „Ein Quäntchen am Morgen – auf nüchternen Magen.“ PHILIP BETHGE



Historiker Sugg „Medizinischer Irrsinn“

\* Buchillustration aus dem 14. Jahrhundert.



## EINE MELDUNG UND IHRE GESCHICHTE

## Ans Ende der Welt

Warum eine junge Frau mit dem Traktor zum Südpol fahren will

**D**ie Frau sitzt in blauer Latzhose und abgeschnittenen Hosenbeinen am Strand von Kapstadt, sie lässt die Füße ins Wasser baumeln und erzählt. Und so, wie sie redet, leicht hin und charmant und unaufdringlich, klingt, was sie hinter sich hat, ganz normal. Und was sie vor sich hat, klingt auch ganz leicht.

Dabei ist es Wahnsinn. Beides; was sie getan hat, was sie tun will.

Manon Ossevoort ist mit einem Traktor von den Niederlanden ans Kap der Guten Hoffnung gefahren. Das allein wäre schon mehr als ungewöhnlich. Aber Manon will weiter.

„Ja, ich will an den Südpol“, sie lacht, sie pustet die Haare aus der Stirn. Drei Jahre und vier Monate war sie auf ihrem Trecker unterwegs, durch zwei Kontinente, 22 Länder, 38 000 Kilometer hat sie zurückgelegt, sie ist jetzt 32 Jahre alt. Im südafrikanischen Kapstadt, wo sie vor kurzem angekommen ist, macht sie ein Jahr lang Pause. Im antarktischen Sommer soll es weitergehen, an den Südpol.

Warum? Das ist die Frage, die alle stellen. Als Antwort erzählt Manon ihr Leben.

Sie kommt vom Land, aus einem kleinen Dorf bei Almelo, unweit der niederländisch-deutschen Grenze. Ihre Eltern sind Landwirte, man redet nicht zu viel in diesem Teil der Welt, man lebt und arbeitet im Rhythmus der Jahreszeiten. Auffällig ist Manon nicht als Kind, vielleicht hat sie ein bisschen mehr gelesen, ein bisschen mehr geträumt als ihre Zwillingschwester und ihr jüngerer Bruder. Sie macht Abitur, sie studiert Kleinkunst und Tanz, legt das Diplom an Amsterdams berühmtester Theaterschule ab. Sie ist 24, als in ihr die Idee einer Reise ans Ende der Welt zu reifen beginnt, ad finem terrae. Ein Traktor, das scheint das passende Fahrzeug dazu, schließlich kommt sie vom Land. „Einen richtigen Traum hast du nur, wenn du das Maximale für dich selbst erreichen willst.“

Als sie den Eltern im heimischen Wohnzimmer ihre Pläne vorträgt, herrscht minutenlanges Schweigen. „Lass uns nicht darüber reden“, sagt der Vater schließlich. „Wenn du es machen willst, mach es.“



**Manon Ossevoort, 30, niederländische Künstlerin, ist mit einem ebenfalls 30 Jahre alten deutschen Traktor in Richtung Südpol unterwegs. Nach drei Jahren Fahrt hat Ossevoort nun das Kap der Guten Hoffnung erreicht. Vor der Weiterreise in die Antarktis wolle sie ein paar Wochen pausieren, sagte Ossevoort der Zeitung *Telegraaf*. „Ich muss erst mal zehn Kilo zunehmen und Krafttraining machen.“**

Aus der „Süddeutschen Zeitung“

Sie ist 27, als sie mit den Vorbereitungen beginnt, und sehr naiv. Sie weiß nichts über Afrika, sie weiß nicht, dass ihr Traktor, Jahrgang 1975, so langsam und der Tag am Äquator so kurz ist. Dass Diesel am Südpol als Treibstoff unbrauchbar ist.

Manon lässt sich einen überdachten Aufbau hinter dem Sitz konstruieren. Fürs Gepäck, aber auch, um dort zu schlafen. Damit sie gleich losrollen kann, falls Gefahr droht. Es drohte in den 40 Monaten nicht ein einziges Mal Gefahr, sagt sie.

Wo immer sie haltmacht, tritt sie auf, tanzt, singt, spielt – und sammelt im Gegenzug Träume. Erzählte und aufgeschriebene. Es kommen Tausende zusammen. Manon will sie am Südpol im Eis versenken. Vielleicht für immer, vielleicht veröffentlicht sie die Träume irgendwann – sie weiß es noch nicht.

Natürlich gab es Schwierigkeiten. Sie war bereits im Kosovo, als sie erfuhr, dass sie aus Griechenland nicht nach Ägypten übersetzen kann. Also dieselte sie wochenlang zurück ins italienische Genua. Nach einem Jahr, sie hatte gerade Ägypten erreicht, befahl sie Heimweh. Noch ein weiteres Jahr auf dem Traktor? Es erschien ihr unvorstellbar. Südlich von Ägypten stieß, wie verabredet, zu ihrem Schutz ein Team in Begleitfahrzeugen dazu. Doch Manon war zu langsam, und das Team erschwerte den sonst so unbefangenen Kontakt zu den Menschen. Man trennte sich nach wenigen Wochen.

Stecken blieb sie nie mit ihrem Traktor. Im Gegenteil, sie half den Gestrandeten. Im Sudan zog sie einen havarierten Bus 140 Kilometer weit bis nach Khartum. In Simbabwe traf sie tief in der Provinz auf eine Hochschwangere. Die Wehen hatten eingesetzt, das Baby lag falsch im Bauch der Mutter, bis zum nächsten Krankenhaus waren es 60 Kilometer. Manon sagte, ich bin sehr langsam. Die Frau sagte, nimm mich trotzdem mit. Manon und der Traktor gaben alles und brauchten dennoch fünf Stunden. In der Klinik musste sie für 48 Dollar Medikamente kaufen. Sie fluchte – und sie bezahlte. Zwei Stunden später war das Baby da, die Mutter taufte es Manonika.

Nun sitzt sie in Kapstadt am Strand, wo der Sommer gerade Einzug hält. Sie blickt nach Süden. 4000 Kilometer Seeweg sind es bis zum antarktischen Schelfeis. In einem Jahr, wenn am Südpol Sommer ist und die Temperaturen auf minus 40 bis null Grad ansteigen, soll es weitergehen. Eine erfahrene Führerin für den 1700 Kilometer langen Trip hat sie schon, einen kältefesten Mechaniker sucht sie noch. Dazwischen liegen ein Wintertraining in Kanada und die Suche nach Sponsoren. Sie braucht 300 000 Euro, um den Traktor auf Raupen umrüsten zu lassen, um den Dieselmotor auszutauschen gegen einen Kerosinmotor, um die Versicherung zu bezahlen – falls der Traktor liegen bleibt und geborgen werden muss.

Zur Not will sie zu Fuß weiterziehen, sagt sie und lächelt, und es klingt verrückt, aber andererseits auch ganz normal.

HORAND KNAUP



holding, der „Hürriyet“-Zentrale und dem gläsernen Senderzentrum im Istanbuler Stadtteil Bagcilar an. Den genauen Verdacht für den Kommandoeinsatz erfuhren die Dogan-Manager nicht. Stattdessen bezogen die Kontrolleure monatelang Quartier. Seit Dezember flattern nun ständig neue Berichte ins Haus, 20 sind es schon, bisher summiert sich die Strafe auf gut 380 Millionen Euro, mehr als der Marktwert der gesamten Mediensparte. Der größte Vorwurf: Beim Verkauf eines Viertels seiner TV-Anteile an den deutschen Axel-Springer-Verlag Anfang 2007 habe Dogan Steuerflucht begangen.

Dabei hatte Dogan eine Millionensumme überwiesen. Der Konzern hätte das Geschäft jedoch früher versteuern müssen und könne daher nicht von den üblichen Nachlässen profitieren, befand die Behörde. Zwar hatten Dogan und Springer ihren 375 Millionen Euro schweren Deal im November 2006 angekündigt. Aber erst am 2. Januar 2007 unterschrieben beide Seiten den Vertrag endgültig und tauschten Aktien gegen Geld – das Geschäft war erst damit perfekt. Neben der vollen Steuer verlangt das Amt nun mehr als den fünf-fachen Betrag als Strafe und fordert zudem plötzlich Mehrwertsteuern auf andere Aktienverkäufe aus früheren Jahren, die bisher in der Türkei auch nach offizieller Lesart steuerfrei waren.

Bis ein Gericht den Fall geklärt hat, hat Dogan einen Großteil der Aktien und Markenrechte seiner Sender als Kautions angeboten. Das Amt lehnte jedoch ab und ließ stattdessen Bankkonten der Holding einfrieren. „Wenn man uns bankrottgehen lassen will, soll man es gleich sagen“, sagt Mehmet Ali Yalçındag, Chef der Medienfirma und Schwiegersohn des Patriarchen.

„Die Türkei braucht eine Steuerreform, die Steuerprüfung ist nicht unabhängig, sondern direkt dem Finanzministerium unterstellt“, sagt Arzuhan Dogan-Yalçındag, die Vorsitzende des Unternehmerverbandes Tüsiad. Die Unternehmerin ist Dogans Tochter und mit Yalçındag verheiratet. Sie weiß, dass ihr Name es der Regierung leichtmacht, die Kritik des Tüsiad als Lobbying für den Familienkonzern abzutun. Doch auch der Internationale Währungsfonds hat unter anderem eine größere Unabhängigkeit der Aufsichtsbehörden in der Türkei zur Voraussetzung für einen dringend benötigten Kredit über 20 Milliarden Dollar gemacht. Unannehmbar, befand Erdogan und lehnte bislang ab.

Aydin Dogan aber will nicht kapitulieren: „Ich glaube an die Richter und bin stolz auf mein Land“, sagt er. So stolz, dass er in seinem Büro die Urkunden aufhängt, die ihn seit Jahren als größten Steuerzahler der Türkei ausweisen. Sie hängen gleich gegenüber von der Fensterbank mit den Fotos von Tayyip Erdogan.

KATRIN ELGER, ISABELL HÜLSEN,  
DANIEL STEINVORTH



Protest gegen Polizei-Morde in Nairobi: „Sorgfältig geplante Hinrichtungen“

KENIA

## Spurlos verschwunden

Eine Einheitsregierung sollte das einstige Vorzeigeland vor dem Abgleiten ins Chaos retten. Ein Jahr später sind Korruption und Polizeigewalt schlimmer als zuvor.

Der Präsident gibt ungern Pressekonferenzen, aber diese war ihm wichtig. Neben ihm hatte sich Ehefrau Lucy, 68, aufgebaut. „Ich will klarstellen, dass ich nur eine Ehefrau habe – nämlich Lucy“, polterte der Staatschef. Und jeder, der etwas anderes behauptete, sehe einem Gerichtsverfahren entgegen.

Kenia hat viele Probleme. Das Verhältnis von Präsident Mwai Kibaki, 77, zu Lucy und zu seiner Nebenfrau Mary Wambui ist derzeit das kleinste. Erst fünf Tage zuvor hatte der Uno-Sonderberichterstatter Philip Alston ein vernichtendes Urteil über Polizei und Gerichtswesen in Kenia gesprochen. Dramatisch bestätigt wurden seine Untersuchungen, als wenig später zwei Menschenrechtler nahe dem Präsidentensitz erschossen wurden.

Das Land leidet. Unter seinem Präsidenten, unter unfähigen Politikern, unter korrupten Richtern und generell unter einem verkommenen moralischen Wertesystem. Kenia, in seinen besten Zeiten Ziel von etwa zwei Millionen Touristen im Jahr, galt jahrzehntelang als Land der Hoffnung. Doch nun erlebt der ostafrikanische Staat seinen Niedergang.

Bei seinem Amtsantritt Ende 2002 hatte Präsident Kibaki versichert, es werde „keine heiligen Kühe geben“ und Korruption

werde „nicht länger zu diesem Land gehören“. Doch schon in seiner ersten Amtszeit verschwanden Hunderte Millionen Dollar spurlos.

Groß war daher die Hoffnung, als Kibaki seinen politischen Gegner Raila Odinga vor einem Jahr zum Premier machte. Doch wieder wurden die Kenianer enttäuscht. Noch immer sind die Anstifter der Unruhen von Anfang 2008 in Amt und Würden, einige davon sitzen im Kabinett. Geändert hat sich – nichts.

Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht über verschwundene Millionen, seltsame Polit-Geschäfte und noch seltsamere Geldtransfers berichtet wird. Nicht umsonst führt Transparency International Kenia im Korruptionsindex auf Rang 147 von 180, etwa auf der Höhe der Zentralafrikanischen Republik.

Die Tourismusbehörde zahlte 330 000 Euro für Aufträge, die nie ausgeführt wurden. Ölreserven der staatlichen Pipeline-Gesellschaft sind verschwunden. Angeblich wurden sie verkauft, aber wo ist dann der Erlös in Höhe von 72 Millionen Euro?

Vor allem ein Nahrungsmittelskandal empört die Kenianer: Während jeder Vierte im Land hungert und viele sich nur noch eine Mahlzeit am Tag leisten können, nutzte eine Mafia aus Händlern, Müllern und Politikern die Knappheit aus. Das Kartell hielt Hunderttausende Säcke Mais zurück, um an steigenden Preisen zu verdienen. Zugleich verschoben die Dealer tonnenweise Mais in den Südsudan, wo Hilfsorganisationen deutlich höhere Preise bezahlen als Käufer im eigenen Land.

Politische Verantwortung für Missmanagement und Versagen sind unbekannt. Im Gegenteil, die Mitglieder der nationalen Wahlkommission, die die blutigen Auseinandersetzungen nach der letzten Präsidentenwahl maßgeblich mitzuverantworten hatte, mussten geradezu aus dem Amt gejagt werden – und forderten dreist eine



opulente Entschädigung für den vorzeitigen Ausstieg, trotz behielten sie zunächst sogar ihre Dienstwagen. Die Parlamentarier weigern sich seit Monaten, wenigstens einen Teil ihrer üppigen Bezüge zu versteuern. Dafür fliegt der eine oder andere Abgeordnete mit dem Hubschrauber durch seinen Wahlbezirk.

Außerhalb jeder Kontrolle agieren auch Justiz und Polizei. Über 130 Fälle teils schwerwiegender Korruption sind bei den Gerichten anhängig. Schadenssumme: Hunderte Millionen Euro. Abgearbeitet ist noch kein einziger Fall.

Die Polizei spielt sich als Richter und Henker zugleich auf. Mehr als 500, womöglich über 1000 mutmaßliche Anhänger der „Mungiki“-Sekte wurden in den vergangenen zwei Jahren von Sondereinheiten der Polizei umgebracht und verscharrt. Ein Polizeibeamter, der als Kronzeuge auftrat und allein 58 Morde bezeugte, wurde auf offener Straße erschossen.

Uno-Ermittler Alston, der die anhaltende Mordserie untersuchte, sprach von „systematischen, weitverbreiteten und sorgfältig geplanten außergerichtlichen Hinrichtungen“. Er empfahl die sofortige Ablösung des Polizeichefs und des Generalstaatsanwalts.

Die Reaktion der Regierung? Keine.

Jahrelang scherte sich die internationale Gemeinschaft nicht weiter um das Land der Skandale. Sie ignorierte die vielen Affären, die stets ohne Konsequenzen blieben. Und sie akzeptierte, dass noch nie ein Minister für seine Unfähigkeit oder seinen Diebstahl büßen musste.

Doch nun, da der Absturz Kenias weit fortgeschritten ist und einige bereits von einem gescheiterten Staat reden, wird es auch den Wohlmeinenden zu viel. Der ehemalige Uno-Generalsekretär Kofi Annan warnte vor einem Abgleiten des Landes „in die Anarchie“.

Auch die Amerikaner, lange nachsichtig mit ihren kenianischen Freunden, verlieren allmählich die Geduld. Als jetzt eine Lieferung von 10 000 Tonnen Mais, bestimmt für Kenias Hungergebiete, aus fadenscheinigen Gründen im Hafen von Mombasa hängenblieb, tobte der US-Botschafter; dann verhängte die US-Regierung ein Einreiseverbot gegen einen der Skandalminister.

Auch im Land erhebt sich nun Protest gegen den rapiden Verfall der Sitten. Respektlos attackierten die Führer verschiedener Glaubensrichtungen in einer öffentlichen Veranstaltung Präsident Kibaki und Premier Odinga. Der muslimische Vertreter nannte die Politiker „die größte Bedrohung für Frieden und Wohlstand“ im Land, der anglikanische Erzbischof drohte mit Massendemonstrationen. Überrascht von der Wucht der Attacke, suchte der Präsident Hilfe bei höheren Mächten. Er forderte: „Lasst uns beten für die, die ihr Wort brechen.“

HORAND KNAUF

## „Jedes Vertrauen verloren“

Premierminister Raila Odinga, 64, über ungeklärte Morde, grassierende Korruption und schwierige Reformen

**SPIEGEL:** Menschenrechtler werden erschossen, es gibt Hunderte von Verschwundenen, an deren Ermordung die Polizei beteiligt sein soll – gerät Kenia außer Kontrolle?

**Odinga:** Der Trend ist besorgniserregend, und die Gefahr besteht tatsächlich, dass wir uns auf ungesetzliche Dinge einlassen, um Recht und Ordnung aufrechtzuerhalten. Aber ich glaube, die Lage ist noch umkehrbar. Wir haben Instanzen, um – mit Hilfe von außen – die Sicherheit zu stabilisieren. Deshalb habe ich auch an Uno, USA und Europäische Union appelliert, uns bei der Aufklärung der Morde zu helfen. Wenn wir es nicht schaffen, den Trend zu drehen, laufen wir allerdings Gefahr, ein „failed state“ zu werden, ein gescheiterter Staat. Aber noch ist es nicht so weit.

**SPIEGEL:** Ein Uno-Bericht empfiehlt, den Polizeichef und den Generalstaatsanwalt abzusetzen. Werden Sie sich daran halten?

**Odinga:** Wir haben keine andere Wahl. Die Polizei hat bei den Menschen jedes Vertrauen verloren. Wir haben schon eine Reihe von Reformen eingeleitet, und eine Reform der Polizei steht als Nächstes auf der Tagesordnung. Dort werden auch die Erkenntnisse des Uno-Berichts einfließen.

**SPIEGEL:** Ähnliche Vorwürfe gab es bereits nach den Unruhen des vergangenen Jahres. Die Namen von sechs amtierenden Ministern sollen

auf einer Liste stehen, weil sie diese Kämpfe mitangestiftet haben.

**Odinga:** Die Liste ist geheim und in einem geschlossenen Kuvert dem ehemaligen Generalsekretär Kofi Annan übergeben worden, der uns vor einem Jahr aus der Krise geholfen hat. Selbst wenn sechs Minister darauf stehen, sind sie damit noch nicht überführt.

**SPIEGEL:** Kenia war das Musterland Ostafrikas. Nun geht es seit Jahren bergab. Wie konnte es so weit kommen?

**Odinga:** Präsident Daniel arap Moi hat 1982 ein diktatorisches System mit einer Ein-Parteien-Regierung eingeführt. Alle Kontrollinstanzen wurden abge-

schaft. Dann wurde es den Mitarbeitern im Öffentlichen Dienst auch noch erlaubt, nebenher Geschäfte zu machen. Damals haben die Korruption und in der Folge auch der Niedergang der kenianischen Wirtschaft begonnen.

**SPIEGEL:** Das ist lange her, Moi ist seit sechs Jahren nicht mehr im Amt.

**Odinga:** Wir haben seit einem Jahr eine Große Koalition, so wie Sie in Deutschland. Beide Seiten beobachten und kritisieren sich. Diese Situation ist neu für uns und für ganz Afrika. Außerdem erleben wir gerade sehr harte Zeiten, es herrschen Dürre und Hunger. Das fördert die Unzufriedenheit und den Protest.

**SPIEGEL:** Sie haben sich kürzlich von einem ehrgeizigen Regierungsprogramm distanziert, mit dem Sie Kenia aus dem Zustand eines Entwicklungslandes herausholen wollten. Haben Sie aufgegeben?

**Odinga:** Ich wollte die Leute wachrütteln. Kein anderer wird für uns Kenia entwickeln – das müssen wir schon selbst in die Hand nehmen. Hilfe von außen ist nicht alles. Die Chinesen haben seit 1989 Reformen eingeleitet und ihr Land umgekrempelt. Warum nicht auch wir?

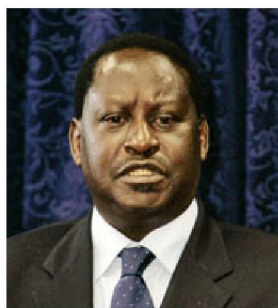
**SPIEGEL:** Weil zum Beispiel die grassierende Korruption die Entwicklung bremst.

**Odinga:** Einspruch. Man kann nicht die gesamte kenianische Gesellschaft als korrupt bezeichnen. Korruption gibt es in je-

dem Land; es ist eine Frage des Ausmaßes und wie die Behörden mit ihr umgehen. Richtig ist allerdings, dass die Institutionen bei uns zu schwach sind, um angemessen auf den Missstand zu reagieren.

**SPIEGEL:** Auffällig oft sind Politiker oder deren Angehörige an Firmen oder Geschäften beteiligt, die wiederum von der Nähe zur Politik profitieren. Sollen das nicht verboten sein?

**Odinga:** Es gibt Beschränkungen. Aber was wollen Sie machen, wenn Ihr Bruder Geschäftsmann ist und Sie in die Politik einsteigen? Soll er sein Geschäft schließen? Ich finde, das geht zu weit.



Premier Odinga

„Die Leute wachrütteln“

ANTHONY NULIGINA / REUTERS





Suizidhelfer Kusch

Datensticks, CD-Roms und Tonbandkassetten. Dann verbot ihm ein Polizist „jegliche Form der Sterbehilfe“.

Am nächsten Tag, es war ein Freitag, sprachen Beamte sieben Menschen in vier Bundesländern an, deren Namen und Adressen sie bei Kusch gefunden hatten. Nur in Nordrhein-Westfalen kamen die Ordnungshüter zu spät. Kusch hatte sich mit einer Kundin, der 97-jährigen Frieda F., in einem Hotelzimmer versteckt. Dort nahm sie dann die tödliche Medizin.

JUSTIZ

## Tödliches Geschäft

Darf die Polizei den dubiosen Sterbehelfer Roger Kusch stoppen? Der Streit wird jetzt vor Gericht ausgetragen – und könnte zu einer Grundsatzentscheidung führen.

Das Video ist ein bizarrer Werbefilm, aus einer Welt zwischen Leben und Tod. Zwei Männer sitzen an einem Wohnzimmertisch in Hamburg, der ältere spricht über sein Krebsleiden, erwähnt die Schmerzen und den eigenen körperlichen Verfall. „Ich will mir das nicht noch lange antun“, sagt Helmut S., 77, mit ruhiger Stimme. Aber sich umbringen, den blutigen Anblick, das Drama, das wolle er seiner Frau nicht zumuten.

Helmut S. war früher Diplomingenieur, jetzt ist er Rentner, er will nicht mehr viel, nur anständig aus diesem Leben scheiden. Er sieht sein Gegenüber konzentriert an. Deshalb habe „ich mich an Sie, Herr Dr. Kusch“ gewandt, um „auf die humane Art, die Sie anbieten“, zu sterben.

Roger Kusch, 54, einst Oberstaatsanwalt, dann Hamburgs Justizsenator, ist heute Deutschlands erster kommerzieller Suizidhelfer. Seit Juni vergangenen Jahres verkauft er seinen Beistand für bis zu 8000 Euro, diverse Selbstmord-Tipps inklusive. Und um den Sterbewillen seiner Kunden zu dokumentieren und weitere Interessenten anzulocken, filmt er seine Arbeit und zeigt die Videos auch im Internet. Die makabre Werbemethode scheint Erfolg zu haben. Über tausend Anfragen verzeichnet Kusch selbstzufrieden, fünf Menschen hat er in den Tod begleitet.

Doch die Hamburger Polizei will Kuschs kommerzielle Aktivitäten nun stoppen. Mit einer mündlichen Anordnung haben die Beamten ihm verboten, Menschen

beim Selbstmord zu helfen. Dagegen klagt er. Nun muss das Hamburger Verwaltungsgericht entscheiden, ob er weiter helfen darf. Der Ex-Senator hat bereits angekündigt, im Falle einer Niederlage bis vor das Bundesverfassungsgericht zu ziehen. Damit könnte dieser Rechtsstreit zu einer Grundsatzentscheidung führen. Sollte Kusch durchkommen, wird er womöglich Vorreiter einer ganz neuen Branche.

Die Rechtslage ist nicht eindeutig, die Stimmung schon: Spätestens seit Kusch seinen Selbsttötungsapparat vorgestellt hat, wettern nicht nur die Kirchen gegen ihn. Politiker aller Parteien hatten in zahlreichen Talkshows immer wieder gefordert, „Dr. Tod“ („Bild“-Zeitung) zu stoppen, den Behörden fehlte nur die Handhabe. Bis zum Herbst vergangenen Jahres.

Da bekam die Hamburger Polizei einen Hinweis eines Journalisten. Seitdem verdächtigt sie Kusch, Todeswillige nicht nur beraten zu haben, was nicht verboten ist. Der Ex-Politiker könnte der Hamburgerin Inge I. auch jene verschreibungspflichtigen Medikamente besorgt haben, mit denen sie sich am 30. September dann tötete. Das wäre ein Verstoß gegen das Arzneimittelgesetz, der mit einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren bestraft werden kann. Jetzt ermittelt die Staatsanwaltschaft, Kusch schweigt zu den Vorwürfen.

Polizisten durchsuchten am 27. November seine Wohnung und das Büro eines Vereins, den Kusch gegründet hat. Sie beschlagnahmten Festplatten, Aktenordner,



Kuschs Todesapparat  
„Kommerzielles Eigeninteresse“

In ihrer Not überwachten die Beamten ihre Zielperson mit Methoden, mit der ansonsten Schwerverbrecher gejagt werden. Die Ermittler ließen Kuschs Handy orten, um herauszufinden, ob er weiterhin auf Kundenbesuch war. Und sie überprüften seine Verbindungsdaten, inklusive der Adressen versandter SMS.

Darf die Polizei die Suizidhilfe überhaupt verbieten? Die Hamburger Innenbehörde beruft sich auf ihre Pflicht, Gesetzesverstöße zu verhindern und in Notfällen Leben zu retten. Sie will das Verbot bis Mittwoch – da läuft die Frist ab – für das Verwaltungsgericht noch weiter begründen und mit einem Zwangsgeld drohen, sollte sich Kusch nicht daran halten.

Die Argumentation wird der Behörde nicht leichtfallen. Zwar darf die Polizei Menschen davon abhalten, von einer Brücke zu springen, aber wenn sich dann herausstellt, dass sie psychisch gesund sind, ist sie machtlos – selbst, wenn sie es wieder versuchen.

Entscheidend sei, sagt der Bielefelder Polizeirechtler Christoph Gusy, wie freiwillig eine Todes-Entscheidung ist, die man mit Hilfe eines Menschen gefällt hat, der mit dem Sterben Geld verdient: „Da besteht doch ein kommerzielles Eigeninteresse.“ Das gelte auch für die Gutachten, die Kusch anfertigen lässt. Sie sollen belegen, dass seine Sterbewilligen allesamt psychisch gesund sind. Doch auch der Gutachter verdient an diesem Geschäft. Die Zweifel der Polizei, ob Sterbehelfer wie Kusch nicht auch psychisch kranke Menschen ins Jenseits beförderten, sagt Gusy, könnten also begründet sein, und dann müsse die Polizei einschreiten.

Kusch will seine Hilfe jedenfalls weiter gegen Gebühr anbieten. Obwohl er anfangs, wie er sagt, lange mit sich gerungen habe, ob er Geld kassieren solle. Doch die bekanntesten Sterbehelfer Europas, Kuschs Kollegen vom Schweizer Verein Dignitas, ließen sich auch für ihre tödlichen Dienste bezahlen: „Und ich wollte auf keinen Fall ein Sonderangebot machen.“

CAROLINE SCHMIDT, ANDREAS ULRICH



LITERATUR

# Nun wollen sie es wissen

Daniel Glattauer setzt in seinem Roman „Alle sieben Wellen“ die spannende E-Mail-Liebesgeschichte fort, die in „Gut gegen Nordwind“ ihren Anfang nahm.

Er hat es tatsächlich gewagt. Nach dem großen Publikumserfolg seines Romans „Gut gegen Nordwind“ (2006) hat der österreichische Autor Daniel Glattauer, 48, die Liebesgeschichte zwischen Emmi Rothner und Leo Leike weitergesponnen. Dabei schien diese unausgelebte Affäre doch glücklich überstanden und beendet zu sein.

Nun also folgt – wiederum unter einem höchst bizarren Titel – ein zweiter Roman über die beiden, die nicht wirklich zueinanderfanden: „Alle sieben Wellen“\*.

Ein Wagnis ist die Fortsetzung schon deshalb, weil das Vergnügen am ersten Buch vor allem daher rührte, dass es Glattauer gelungen war, über mehr als 200 Seiten geistvoll und einfallsreich die Spannung zu halten – mit der uralten Frage, ob sie sich am Ende kriegen: die zwei, die zufällig per fehlgeleiteter E-Mail aufeinanderstoßen und schon bald, wenigstens im Netz, nicht mehr voneinander lassen können.

Nächtelang haben Emmi und Leo, beide Mitte dreißig, vor ihrem Computer gesessen und – bisweilen im Minutentakt – verzückt-verzehrende Nachrichten ausgetauscht, ohne sich persönlich zu kennen, immer per Sie. „Wir können das nicht leben, was wir schreiben“: Das ahnen sie, dennoch haben sie sich immer tiefer in Neugier, Träumerei und Leidenschaft hineingetrieben.

Ein Treffen verweigerte der kluge Autor seinen Figuren, und er musste einiges literarische Geschick aufbringen, diese Klippe zu umschiffen und das Fehlen eines Happy Ends plausibel zu machen. Dem Leser blieb nur, den abenteuerlichen und kurvenreichen Verlauf der Geschichte zu bestaunen.

Am Ende von „Gut gegen Nordwind“ hat Emmis Ehemann den digitalen Dialog zum Verstummen gebracht. Er hatte heimlich die auf dem Computer seiner Frau gespeicherte Korrespondenz gelesen und seinen virtuellen Nebenbuhler darum gebeten, sich doch endlich mit seiner Frau zu treffen, um der Verklärung entgegenzuwirken. Stattdessen setzt sich Leo nach

Boston ab, wo eine Universität dem Wissenschaftler eine befristete Stelle angeboten hat. Schluss der Debatte.

Nicht für Emmi. Sie versucht drei Wochen später – gleich zu Beginn des neuen Romans „Alle sieben Wellen“ –, den Kontakt wieder aufzunehmen. Sie will wissen, wie es Leo in Boston geht, ob er gar, schlimme Vorstellung, eine neue E-Mail-Liebe eingegangen ist. Doch es kommen nur automatische Antworten zurück: die Mail-Adresse existiere nicht mehr.

Erst ein Dreivierteljahr später meldet sich Leo, aus Boston zurück, wieder

den Protagonisten nicht mehr hinter ihrer Schrift und der am Computer inszenierten Schlagfertigkeit verstecken können? Sondern sich von Angesicht zu Angesicht gegenüberstehen?

Leo geht die Sache zügig an. Schon nach wenigen Romanseiten heißt es: „Wir treffen uns.“ Sie antwortet: „Ein Mann, drei Worte!“ Wo? In einem Kaffeehaus, schlägt er vor. Sie spottet: „Mit zehn Fluchtwegen und fünf Notausgängen.“ Aber dann: „Hallo Leo, bringen wir's hinter uns.“ Es gelingt. Doch danach geht es per E-Mail wie gewohnt stürmisch weiter: als Nach-

bereitung des Treffens – und so erfährt auch der Leser, wie es den beiden ergangen ist. Glattauer hält sich an die Form: Nach Vorbild des ehrwürdigen Briefromans bleibt die Erzählung streng auf die Korrespondenz beschränkt.

Und da sind Emmi und Leo in ihrem Element, immer noch. Ob das Treffen schlimm gewesen sei, fragt der Boston-Heimkehrer. „Warum fragst du, Leo? Du weißt, wie es war. Du warst dabei.“ Sie versucht, den distanziert-ironischen Ton wieder aufzunehmen. Aber dann möchte sie auch gern wissen: „Bedauerst du, dass du mich gesehen hast?“

Die Wechselrede nimmt bald an Dramatik zu. So leicht lässt Glattauer die beiden nicht davonkommen. Leo erwartet den Besuch seiner Freundin aus Boston. Und er sieht sich – von Emmi in die Enge getrieben – genötigt, den Grund für seine damalige Flucht offenzulegen. Im Anhang einer Mail sendet er Emmi den Brief ihres Ehemanns, obwohl der ihn um Verschwiegenheit bat.

Wieder lange Funkstille. Dann ein von Emmi inszenierter sexueller Überfall. Und ihre Flucht auf die Insel La Gomera. Aber auch dort findet sich ein Internet-Zugang. Es scheint zu keinem Ende zu kommen. Wäre da nicht die siebte Welle. Von ihr erzählt man sich auf der Insel. Sechs Meereswellen kommen „berechenbar und ausgewogen“, zitiert Emmi in einer E-Mail an Leo. „Aber Achtung vor der siebenten Welle! Sie ist unberechenbar.“

Glattauers Publikum wird dankbar und zufrieden sein. Die Fortsetzung war das Wagnis wert. Aber nun, bitte, eine längere Pause für Emmi und Leo – und den Leser. Weiter geht's frühestens in ein paar Jahren: nach der Scheidung.

VOLKER HAGE



Autor Glattauer: „Ein Mann, drei Worte“

schriftlich bei ihr – mit einer Distanzierungsgeste: Er habe zwar die ganze Zeit an Emmi gedacht, aber sein „physisch lebbares Leben“ sei inzwischen weitergegangen: „Ich habe in Boston jemanden kennengelernt.“

Zögerlich kommt der vertraute elektronische Briefverkehr wieder in Gang, nun immerhin per Du. Aber beiden ist klar: Eine Wiederholung der unverbindlichen Mail-Tändelei kann es nicht geben. Dieses Mal lässt sich ein Treffen nicht mehr umgehen.

Das gebietet schon die Erzähllogik. Nach dem munteren Spiel mit der Vermeidung muss sich Glattauer einer neuen Herausforderung stellen: Wie ist ein Spannungsbogen aufzubauen, wenn sich die bei-



\* Daniel Glattauer: „Alle sieben Wellen“. Verlag Deuticke, Wien; 224 Seiten; 17,90 Euro.



## BILDUNG

# Effekt gleich null

Englisch für Grundschüler galt als pädagogische Antwort auf die Globalisierung. Doch erste Studien zeigen enorme Defizite in der fremdsprachlichen Früherziehung.

Das Kollegium der Otfried-Preußler-Grundschule im Norden Duisburgs hat sich mächtig Mühe gegeben, für den Englischunterricht haben die Lehrer einen eigenen Raum eingerichtet. Bunte Karten hängen an der Tafel, Vokabeln wie „elephant“, „cat“ oder „crocodile“ stehen darauf; vor den Schulbänken ist ein breiter Korridor freigehalten, zum Spielen und Herumtollen.

Die 3b trifft sich jeden Dienstag hier zum Englischlernen. Mustafa, Kimberly und die anderen 20 Mitschüler singen ein Lied, das ihnen zum Unterrichtsbeginn auf dem Kassettenrekorder vorgespielt wurde: „Hello, hi, hi, how are you? – I'm fine, thank you ...“ Dann macht Christiane Stuwe, die Lehrerin, mit der Handpuppe „Leo“ weiter. Was Leo vorsagt, plappern die Kinder begeistert nach. „Englisch macht Spaß, weil wir spielen“, sagt die achtjährige Kimberly.

Englisch in der Grundschule finden an sich alle prima. Die Kinder, weil sie frei von Leistungsdruck eine neue Welt kennenlernen; und die Pisa-geschockten Bildungspolitiker, weil sie glauben, eine Antwort gefunden zu haben auf die Herausforderungen der Globalisierung. Stolz hat ein Bundesland nach dem anderen den Fremdsprachenunterricht an Grundschulen eingeführt, meist ab der dritten Klasse. Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz beschallen sogar schon Erstklässler mit englischen Idiomen, Nordrhein-Westfalen wird ab kommenden Februar folgen.

Doch nun, da in den meisten Ländern erste Erfahrungen gesammelt werden konnten, stellt sich die Frage nach dem Effekt. Der Englischdidaktiker Heiner Böttger von der Katholischen Universität Eichstätt hat dazu im Sommer 2008 an bayerischen Realschulen und Gymnasien geforscht. Das Resultat seiner noch unveröffentlichten Studie ist ernüchternd: 95 Prozent der Lehrer

bemerken am Ende der fünften Klasse keinen signifikanten Unterschied mehr zwischen Schülern mit oder ohne Vorwissen aus Grundschultagen. Zwei Drittel der Pädagogen halten den Englischunterricht vor Klasse 5 für überflüssig.

Das Ergebnis der Studie deckt sich mit den Einschätzungen etlicher Experten. „Der Effekt des Grundschulenglisch ist gleich null“, urteilt Wolfgang Klein, Direktor des Max-Planck-Instituts für Psycholinguistik im niederländischen Nijmegen. Zu unterschiedlich, erklären viele Pädagogen übereinstimmend, seien die Wissensstände der Kinder. In einigen Grundschulen werde nämlich schon auf Englisch geschrieben, während andere nur singen und reimen. „Um alle mitzunehmen, muss ich fast wieder von vorn anfangen“, sagt die Duisbur-

Als Hauptursache für den mäßigen Erfolg fremdsprachlicher Früherziehung gilt unter den Beteiligten die Schnellschuss-Mentalität der Bildungspolitiker. „Der politische Druck, beim europaweiten Trend des frühen Sprachenlernens mitzuziehen, war größer als der Wille, die Reform durchdacht umzusetzen“, kritisiert Horst Bartnitzky, Vorsitzender des deutschen Grundschulverbands. Weder die Weiterbildung der Grundschullehrer noch der Übergang in die Sekundarstufe seien ausreichend geplant worden. Während Englischlehrer an Gymnasien das Fach nicht selten zehn Semester und mehr studiert haben, sind beispielsweise Hamburgs Grundschullehrer nur zu einem viertägigen Kompaktseminar verpflichtet. „Die Qualifizierung reicht noch bei weitem nicht

aus – weder für die Selbstachtung der Lehrer noch für die adäquate Ausbildung der Kinder“, kritisiert Konrad Schröder, Vorsitzender des Verbands Englisch und Mehrsprachigkeit.

„Katastrophal geregelt ist zudem der Wechsel von der vierten in die fünfte Klasse“, konstatiert der Eichstätt-Wissenschaftler Böttger. Das schlechte Management trifft die Kinder, die sich in der Grundschule ihr Englisch ohne Vokabeltests und Diktate spielerisch aneignen sollen, während sie dann in den weiterführenden Schulen ad hoc unter Leistungsdruck geraten; betroffen sind aber auch die meisten Sekundarstufenlehrer, die laut Böttgers Studie die Lehrpläne der Grundschule nur wenig oder gar nicht kennen. Kaum ein Kultusministerium verpflichtet beide Schularten zum Austausch und zur Kooperation. Und die Schulbuchverlage stecken ihre Kapazitäten lieber in zig verschiedene Anfangswerke, anstatt die Lehrbücher der Sekundarstufe anzupassen.

Neben einer stärkeren Vernetzung fordern Experten vor allem mehr Zeit für das Fremdsprachenlernen. „Kinder lernen eine Sprache am besten, wenn diese in ihre Lebenswelt eingebettet ist und sie viel kommunizieren“, sagt der Psycholinguist Klein. Möglichst viel Anwendung in einem realen Kontext wäre zum Beispiel gegeben, wenn auch Fächer wie Kunst oder Erdkunde auf Englisch unterrichtet würden. Doch dafür brauchte es zunächst eine bessere Fremdsprachenausbildung – für Lehrer.

LENA GREINER



Grundschüler im Englischunterricht (in Duisburg): „I'm fine, thank you“

ger Lehrerin Kirsten Müller-Normann. Ihre „hohen Erwartungen“ seit Einführung von Grundschulenglisch wurden enttäuscht: „Obwohl die Schüler schon viele Vokabeln kennen, fällt ihnen weder die Grammatik noch das Schreiben von Texten deutlich leichter als früher.“

Psycholinguistische Studien des Sprachwissenschaftlers Manfred Pienemann von der Universität Paderborn stützen die Skepsis der Praktiker: Demnach erreichen Grundschulkinder derzeit nach zwei Jahren Englischunterricht mit zwei Wochenstunden die gleiche Sprachlernstufe, die Fünftklässler im Gymnasium in der Regel nach einem Halbjahr mit fünf Stunden pro Woche aufweisen.



# Der Fluchthelfer

**Ortstermin:** Wie ein norwegischer Headhunter in Berlin die Deutschen und die deutsche Krise sieht

**A**ls es Jahr auf Jahr immer mehr Arbeit in Norwegen gab, hatte Björn Engeset irgendwann nicht mehr genug zu tun. Die Wirtschaft in Norwegen wuchs. Das Öl und das Gas machten Norwegen reich. Die Arbeitslosenquote sank, auf sechs Prozent, dann fünf Prozent, vier, drei – schließlich in manchen Gegenden sogar darunter. Es war zum Verrücktwerden. Zwei Prozent Arbeitslosenquote waren eine Katastrophe. Engeset war am Ende. Er musste dieses Land verlassen.

Engeset war damals Arbeitsvermittler in Oslo, ein Headhunter, ein freundlicher Mann mit hellen Augen, dem es bisher immer gelungen war, genau den Kandidaten zu finden, den ein Unternehmen suchte. Engeset war gut in seinem Job, und er lebte gut von der Vermittlungsprovision. „Bei dreieinhalb Prozent ging das noch, aber drunter wurde es einfach zu schwierig.“ In Norwegen hatte man bisher immer gedacht, dass man sich Sorgen um das Ende des Öls machen müsste. Jetzt merkten Personalchefs, dass es die Menschen waren, die sie aufgebraucht hatten. Norwegen hatte den Arbeitsmarkt kaputtgeboomt. Engesets Arbeitsmarkt. Engeset musste etwas tun.

„Berlin schien mir eine gute Wahl zu sein.“ Björn Engeset sitzt in seinem kleinen, vollkommen weißen Büro, in Berlin, Prenzlauer Berg, und wartet auf den Rückruf eines Kunden. Es ist ein sehr kleines Büro. Ein Tisch, ein Laptop, zwei Handys, eine Norwegen-Karte. Viel mehr ist nicht drin. Viel mehr ist auch nicht nötig für ein privates Anwerbebüro. Engeset hat Soziologie und Personalwesen studiert. Er macht jetzt in Berlin genau das, was er auch schon in Oslo getan hat. Er besorgt norwegischen Unternehmen Leute. Früher waren es Norweger, jetzt sind es Deutsche. Engeset brauchte einen anderen Arbeitsmarkt, einen frischen, einen, der marode genug war. Deutschland war perfekt.

„Ja, ich melde mich, sobald ich etwas habe“, sagt Engeset. Ein Auftraggeber will mehr Leute. Engeset braucht Schlachter. Gutausgebildete Fleischer sind schwer zu bekommen. Gerade hat er 30 nach Oslo vermittelt. Sein Auftraggeber war dankbar, braucht aber mehr. Norwegen hat offenbar gerade eine Fleischerkrise. Engeset sucht auch Ingenieure, vor allem für die Gegend

um Bergen an der Westküste. In Bergen regnet es an mehr als 200 Tagen im Jahr, und kulturell ist in Berlin mehr los, aber die Bezahlung ist gut. Das ist sie meistens. Lastwagenfahrern kann er 3000 Euro versprechen. Netto natürlich. Auch Ärzte können sich melden. Denen kann Engeset geregelte Arbeitszeiten versprechen und viele Kilometer Abstand zum deutschen Gesundheitssystem.

Für Engeset hat sich in den vergangenen Monaten kaum etwas geändert. Ingenieure und Ärzte finden in Norwegen immer noch leicht eine Stelle, auch jetzt in

über tausend Bewerbungen im Jahr, dabei mache ich kaum Werbung. Ich muss niemanden davon überzeugen, nach Norwegen zu gehen. Die kommen alle von allein.“ Er kann dennoch nur wenige vermitteln.

Die Deutschen haben ein Problem. Sie suchen nicht das Neue, wenn sie sich für eine Stelle im Ausland bewerben. Sie fliehen vor dem Alten. Engesets Bewerber geht es nicht um Norwegen. Es geht um Deutschland. Sie wollen auswandern, alles hinter sich lassen, nur weg. Irgendeinen Grund gibt es immer. Den alten Chef, das Finanzamt, den Ehemann, das Fernsehprogramm, Steinbrück, Ackermann. Norwegen ist der Reset-Knopf in meinem Leben, denken viele. Die Löhne sind in Norwegen besser, der Himmel ist blauer, die Frauen sind hübscher, die Kissen flauschiger. Das sind die Vorstellungen. Engeset klärt das dann im ersten Gespräch. Das Geld ist mehr, der Rest ist Illusion. Glück ist kein Ort. Man zieht von der Unzufriedenheit nicht weg und zum Glück hin. Wenn das eigene Leben nicht in Ordnung ist, liegt das nicht an Deutschland. Es gibt keinen Zurück-auf-Start-Knopf, nicht in Norwegen, nicht bei Björn Engeset in Prenzlauer Berg.

Engeset schaut aufs Handy. Er verhandelt gerade mit einem Ingenieur, der in die Nähe von Oslo ziehen wird. Er muss sich um den Mann kümmern. Solche Leute sind selten. Junge, motivierte Maschinenbauingenieure, Menschen, die etwas erreichen wollen, die Norwegen als Chance begreifen. Solche Leute könnten Freitag anrufen und Montag anfangen, sagt Engeset. Auch jetzt in der Krise. Die meisten Arbeitgeber helfen mit der Wohnung und dem Papierkram. Deutsche werden gern genommen. Sie gelten als fleißig, zuverlässig und gutausgebildet.

Im Jahr 2006 kamen 2581 Deutsche nach Norwegen. 2007 waren es 4168. 2008, das sagen erste Schätzungen, kamen so viele Bundesbürger wie noch nie. Engeset ist zuversichtlich, dass der Trend anhält. Er ist 40, er geht erst in 25 Jahren in Rente. Er glaubt nicht, dass Deutschland ein ähnliches Problem wie Norwegen bekommt. Die deutsche Arbeitslosenquote wird noch lange so sein, wie Engeset sie braucht. Sehr weit weg von den drei Prozent. **JUAN MORENO**



**Vermittler Engeset:** Perfekt maroder Arbeitsmarkt

der Krise. Norwegen kommt bisher vergleichsweise gut zurecht. Norwegische Unternehmen suchen noch immer Mitarbeiter, allerdings in vielen Branchen nur noch auf Leihbasis. Wieder so eine seltsame norwegische Eigenheit. Anderswo entlassen sie Leiharbeiter, wegen der Wirtschaftskrise, in Norwegen suchen sie welche. Die Personalchefs dort befürchten, dass sie etwas sehr Unnorwegisches tun müssten, falls die Krise sich verschärfte: Mitarbeiter entlassen. Falls man es doch tun müsste, wäre es mit Leiharbeitern leichter.

Norwegen und Deutschland scheinen gut zusammenzupassen. Die Norweger brauchen Hilfe, weil sie zu wenige sind, um all die Arbeit zu schaffen. Und viele Deutsche suchen Arbeit. Außerdem können sie es offenbar nicht abwarten, Deutschland zu verlassen. „Ich bekomme

FOTOS: NOREBT MICHALKE





# Ein später Tod

**Ortstermin:** Im sächsischen Zschopau wartet der Motorradhersteller MZ, eine Ikone der DDR, auf sein Rettungspaket.

**F**ünf Millionen Euro sind eigentlich nicht viel, sagt Steffen Dögnitz, der Betriebsratschef. „Oder?“

Die Frage schwebt unbeantwortet in der kleinen Küche, dann steht Dögnitz auf und füllt Wasser in die Kaffeemaschine. Vor dem Küchenfenster liegen Schneereste, Dögnitz trägt Jeans und Hemd. Seit ein paar Tagen ist er zu Hause. Dögnitz ist arbeitslos, mehr oder weniger. „In so 'ner Art Schwebezustand“, sagt er.

Am 12. Dezember, einem Freitag, hatten Dögnitz und die verbliebenen rund 30 Werkmitarbeiter ihren letzten Arbeitstag. Es gab noch eine kleine, traurige Weihnachtsfeier, der Personalchef sagte ein paar Worte, dann fuhren alle nach Hause.

„Fünf Millionen nur“, sagt Dögnitz und stellt den Kaffee auf den Tisch. „Für ein ganzes Werk, die Marke, die Geschichte.“

Es klingt nach einem guten Geschäft. Man bekommt viel. Und zahlt wenig. Aber bisher hat sich noch niemand gefunden, der fünf Millionen auf den Tisch legen und die „Motorrad- und Zweiradwerk GmbH“ in Zschopau, kurz MZ, übernehmen will. Und langsam wird die Zeit knapp. Bis zum 31. Dezember muss sich ein Käufer finden. Ansonsten wird der malaysische Konzern Hong Leong Industries, dem MZ heute gehört, das Werk schließen.

Dögnitz, der Betriebsrat, kann nichts mehr tun – nur warten. Auf den Mann mit den fünf Millionen. Den Retter von MZ.

19 Jahre dauerte der Kampf von MZ um einen Platz im Kapitalismus, und es bleibt die Frage, wie man es schaffte, so lange durchzuhalten. Und andererseits nie richtig anzukommen. Nun sieht es fast aus wie ein später letzter Tod eines Stückchens DDR.

Es gab Zeiten, da war MZ unsterblich. Die Motorräder aus Zschopau, einer kleinen Stadt im Erzgebirge, versorgten ein ganzes Land. Sie hielten es mit mobil. Die MZ gehörte zur DDR wie der Wartburg und der Barkas. Ein Volksmotorrad, falls es so etwas gibt. Eine robuste, einfache Maschine. Auf eine MZ musste man nicht so lange warten. Eine MZ war nicht aus Pappe wie der Trabant, nicht so erkennbar Osten wie ein Wartburg. Eine MZ ließ ei-

nen in guten Momenten glauben, dass der Weltstandard vielleicht doch nicht so weit entfernt ist. Und war man jung, dann war eine MZ das Lässigste, was man kriegen konnte, damals in der DDR.

Das ist die Geschichte. Sie hat mit der Gegenwart nicht mehr viel zu tun. Von ehemals 3200 Beschäftigten sind rund 30 übrig geblieben. 2006 wurde die Entwicklungsabteilung geschlossen, das Gehirn von MZ. Mitte der siebziger Jahre betrug die Jahresproduktion über 92000 Stück. Im vergangenen Jahr, 2008, baute man bei MZ noch 500 Motorräder, schätzt Dögnitz. „Wenn's hochkommt.“



**Betriebsrat Dögnitz:** Volkseigener Betrieb ohne Sozialismus

Dögnitz ist ein ruhiger, leiser Mann. Eigentlich kein Betriebsratstyp. Sein Gesicht ähnelt dem von Hans Eichel. Seit 1999 ist Dögnitz im Werk, verantwortlich für die Computertechnik. Dögnitz weiß nicht genau, warum sie es nicht geschafft haben. Sie haben es versucht, aber es fand sich irgendwie kein Platz in den neuen Zeiten.

1990 kommt die Treuhand. Aus dem VEB Motorradwerk Zschopau wird die MZ GmbH. Sechs Jahre später meldet man Konkurs an. Aber es gibt einen Retter: Der Konzern Hong Leong aus Malaysia wird der neue Eigentümer. Geld wird investiert. Aus DDR-Motorrädern werden gute Motorräder. West-Standard, wenn man so will. MZ gewinnt Designpreise, hat Erfolg im Motorradrennsport. Aber das reicht alles nicht. Die Zahlen sind rot. Der Markt ist schwierig. Die Menschen fahren immer weniger Motorrad. Im Osten war ein Motorrad ein Fortbewegungsmittel. „Heute“, sagt Dögnitz, „ist es ein Hobby.“

Das Schlechte an einem Hobby ist, dass man es, anders als Zahnbürsten, Hosen oder Waschmaschinen, eigentlich nicht braucht. Nicht unbedingt. Ein Hobby lebt vom Überfluss, weniger von der Notwendigkeit. Und im Osten, dem alten MZ-Markt, beschränkte man sich nach der Wende sehr auf das Notwendige.

„Das Image war natürlich auch ein Problem“, sagt Dögnitz. Im Westen klang MZ noch immer nach DDR. Nach Zweitaktmotor. Nach viel Blei. Grau statt Grün. Jahrelang versuchte man in Zschopau dieses Image abzustreifen wie einen verlauchten, alten Mantel. „Das war dann irgendwann ein noch größeres Problem“, sagt Dögnitz.

Man kappte die Ost-Wurzel. Die Tradition, die man hatte. Die Identität. Man produzierte zum Teil immer aufwendigere Maschinen, die im Osten kaum noch jemand bezahlen konnte und im Westen niemand bezahlen wollte. MZ ist dort nur MZ. Und MZ ist nicht BMW oder Yamaha. Die Zahlen blieben rot. In 19 Jahren Kapitalismus verlief sich MZ am Ende zwischen Ost und West. Zwischen dem, wo man herkommt. Und dem, wo man dachte hinzumüssen. Eine deutsch-deutsche Geschichte.

Vor ein paar Tagen war Dögnitz beim Arbeitsamt. Es sieht nicht richtig schlecht aus, sagt er. Aber auch nicht gut. Dögnitz wird bald 51. Manchmal, sagt Dögnitz, denke er jetzt an Verstaatlichung. „Ist doch eine Alternative.“ Vor einem Jahr hätte das noch seltsam geklungen. Nach VEB nur ohne Sozialismus. Die Finanzkrise brachte den Verstaatlichungsgedanken dann plötzlich zurück. In Amerika verstaatlichen sie jetzt sogar Banken. „Warum dann nicht auch MZ?“, sagt Dögnitz.

Vermutlich wird sich kein Staat finden. Dögnitz sagt, mit zwei privaten Investoren werde noch immer verhandelt. „Aber man muss auch realistisch sein.“ Dögnitz schaut durch das Küchenfenster auf die Schneereste im Garten. Die Zeiten sind nicht gut. Banken brauchen Rettungspakete. Auto-konzerne brauchen Rettungspakete. Rettung und Retter sind gerade sehr gefragt.

Dögnitz hofft dennoch, dass es jemand bis nach Zschopau schafft.

JOCHEN-MARTIN GUTSCH





KIS / IMAGO

**Fußballfan Beck:** Mietnachlässe für den Heimatverein

RHEINLAND-PFALZ

## Ballistische Grenzerfahrung

Hunderte Millionen Euro hat der Mainzer Regierungschef Kurt Beck in aufwendige Infrastrukturprojekte investiert. Bislang ziemlich erfolglos.

**D**er 12. Juli 2009 soll für Kurt Beck ein Tag extremer Beschleunigung werden. Verläuft alles nach Plan, wird man den Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz auf einen Schlitten schnallen, ihn in Sekundenschnelle auf Tempo 200 beschleunigen und anschließend – ebenso brachial – wieder auf null bringen.

Die ballistische Grenzerfahrung des verdienten Sozialdemokraten ist Teil einer aufwendigen Show, mit der in fünf Monaten ein Projekt eröffnet werden soll, das dem Ministerpräsidenten schon lange am Herzen liegt. In Becks Auftrag investiert die weitgehend landeseigene Nürburgring GmbH einen dreistelligen Millionenbetrag in das neue „Freizeit- und Businesszentrum“ an der legendären Rennstrecke.

In der kargen Eifellandschaft entstehen mächtige Hotels und Restaurants, ein Feriendorf, eine „Eventhalle“ und ein Indoor-Freizeitpark. Der Eröffnungstermin ist mit Bedacht gewählt. An dem Wochenende gastiert der Formel-1-Zirkus am Ring.

Fraglich ist allerdings, ob auch nach dem Trubel genügend zahlungskräftige Kundschaft in die abgelegene Gegend strömen wird, um das Vier-Sterne-Hotel mit Hubschrauberlandeplatz, die Großraumdiscothek für 1900 Gäste und den Beck-

Beschleuniger, eine Art Achterbahn („Ring Racer“), auszulasten.

Beck sagt, das Vorhaben sei „überlebensnotwendig“ für den Nürburgring. Es gebe zwar „sicher Punkte, die man kritisieren“ könne. Aber letztlich werde das Land damit wichtige Arbeitsplätze in einer strukturschwachen Region schaffen.

Die Opposition im Mainzer Landtag hält die Pläne des Ministerpräsidenten dagegen für deutlich überambitioniert. Inzwischen befürchten selbst Beck-Vertraute, dass dem hochverschuldeten Land nur eine weitere, teure Investitionsruine droht.

Es wäre nicht das erste rheinland-pfälzische Prestigeprojekt, das dauerhaft am Tropf der Steuerzahler hängt. So hat Mainz schon mehr als 120 Millionen Euro in den früheren Militärflughafen Hahn im Hunsrück investiert. Die zweistelligen Millionen-Defizite wird die Beck-Regierung nun wohl allein tragen müssen, nachdem sich der Flughafenbetreiber Fraport gerade zurückgezogen hat. Das Nachbarland Hessen will seine Anteile nur behalten, wenn die Verluste künftig „uneingeschränkt“ von Rheinland-Pfalz getragen werden.



Kaum besser ist die Situation bei Becks zweitem Flughafenprojekt, dem Airport in Zweibrücken. Alle Versuche, einen Anteilseigner für den chronisch defizitären Betrieb oder eine Kooperation mit dem Flughafen Saarbrücken hinzubekommen, der nur 30 Kilometer entfernt liegt, sind bislang gescheitert. Nun prüft auch noch die Brüsseler EU-Kommission, ob das Land mit seinen Millionen-Zuschüssen gegen Wettbewerbsrecht verstoßen hat.

Auch um Becks Lieblingsprojekt steht es nicht gut, das Fußballstadion in Kaiserslautern. Vor der Weltmeisterschaft 2006 sollte die Arena mit Steuergeld auf Vordermann gebracht werden. Doch der Ausbau wurde sehr viel teurer als geplant, Stadt und Land mussten mit 54 Millionen Euro einspringen. Zu allem Überfluss muss Becks Heimatverein, der 1. FC Kaiserslautern, als klammer Zweitligist Jahr für Jahr nun auch noch um hohe Mietnachlässe bitten, die zu einem großen Teil aus der Landeskasse ausgeglichen werden.

Die ist schon durch die Kosten für den Nürburgring stark belastet. Schon 2006 kritisierte der rheinland-pfälzische Rechnungshof, dass die Formel-1-Rennen in der Eifel Verluste von rund zehn Millionen Euro pro Veranstaltung verursachten. So sei 2005 jeder zahlende Besucher mit 133 Euro subventioniert worden.

Beck trat die Flucht nach vorn an. Mit Hotels und Freizeitangeboten soll der Verlust für die vertraglich vereinbarten Formel-1-Rennen von 2009 und 2011 ausgeglichen werden. Doch das Projekt wird immer teurer. Ursprünglich für 215 Millionen Euro kalkuliert, werden die Kosten inzwischen auf 250 Millionen geschätzt. Knapp 160 davon will die Gesellschaft, die zu 90 Prozent dem Land gehört, jetzt selbst übernehmen. Zudem hatte ein Düsseldorfer Projektentwicklungsunternehmen, das sich im großen Stil beteiligen wollte, einräumen müssen, ihm sei eine millionenschwere Kreditzusage weggebrochen.

Wieder sprang das Land ein, unter anderem über eine öffentliche Förderbank, die sich mit einer Einlage von 29 Millionen Euro am Projekt beteiligte.

Das riskante Eifel-Engagement ähnelt auf fatale Weise dem gigantischen Freizeitprojekt Space Park in Bremen, bei dem die dortige Regierung vor fünf Jahren eine dreistellige Millionensumme in den Sand setzte. Der Zufall will es, dass mehrere frühere Space-Park-Mitarbeiter inzwischen als Berater bei der Nürburgring GmbH gelandet sind.

Etwa 500 Arbeitsplätze sollen in der Eifel entstehen. Eveline Lemke, die Landesvorsitzende der Grünen, sieht schon Parallelen zu den umstrittenen Steinkohle-Subventionen. Nehme man nur die öffentlichen Mittel, rechnet sie vor, werde jeder neue Job den Steuerzahler eine gigantische Summe kosten: mehr als 350 000 Euro.

MATTHIAS BARTSCH





FLUGZEUGBAU

# Brandsatz aus Nahost

Der Airbus-Großraumflieger A380 leidet offenbar unter erheblichen Mängeln. Sein größter Abnehmer schlägt jetzt Alarm – und fordert vom Konzern Abhilfe.

**M**anager, die noch halbwegs passable Geschäftszahlen vorweisen können, sind selten geworden in der aktuellen Finanzkrise. Und so verwundert es nicht, dass Louis Gallois, 65, seinen Auftritt in der Flugwerft des Deutschen Museums bei München am Dienstag voriger Woche sichtlich genoss.

Aufgekratzt präsentierte der EADS-Chef Erfolgsmeldungen des Konzerns aus dem vergangenen Jahr. Der Umsatz stieg um elf Prozent und der Gewinn auf rund 1,6 Milliarden Euro. Bei den hauseigenen Sparprogrammen übertraf der größte europäische Luftfahrt- und Verteidigungsriese sogar seine selbstgesteckten Ziele.

Deutlich kleinlauter wurde Gallois, als er auf die kommenden Monate angesprochen wurde. Ob und wie viele Flugzeuge demnächst von Kunden abbestellt würden, könne er beim besten Willen noch nicht sagen. Auch der seit mehr als vier Jahren überfällige Militärtransporter A400M birgt für Airbus und seine Mutter EADS offenbar gewaltiges Bedrohungspotential.

Sollten die Abnehmerländer das Prestigeprojekt kippen, müsse der Konzern fast sechs Milliarden Euro an die Regierungen zurückzahlen, gestand Gallois. Das üppige Finanzpolster von gut neun Milliarden Euro würde gewaltig schrumpfen.

Ein weiteres, drängendes Problem erwähnte der EADS-Chef lieber erst gar nicht. Dabei sorgt es bei seinem wichtigsten Ableger Airbus für helle Aufregung.

Mitte Februar versammelten sich Top-Manager des Konzerns und seines Großkunden Emirates in Toulouse zu einem Krisentreffen über den Megaflieger A380. Die arabische Airline hatte vergangenen Sommer mit rund zweijähriger Verspätung die Erste von 58 geordneten Maschinen erhalten. Zurzeit betreibt die Gesellschaft insgesamt vier Jets dieser Baureihe. Neun weitere sind bei Singapore Airlines und der australischen Qantas im Einsatz.

Was die Airbus-Manager von den Emirates-Emissären zu hören und sehen bekommen, kann ihnen nicht gefallen haben. In einem 46-seitigen Foliensatz listeten die Luftfahrtexperten penibel die aus ihrer Sicht gravierenden Kinderkrankheiten des Riesenjets auf. Zur Illustration fügten sie Schnappschüsse von angeschmorten Stromkabeln, teilweise abgerissenen Verkleidungsblechen oder defekten Schubdüsentteilen der Triebwerke ein – als Beleg für die angeblich schlampige Arbeitsmoral bei Airbus und seinen Zulieferern.

Die vertrauliche Herstellerinformation kursiert inzwischen in der Belegschaft – und sorgt auch dort für Alarmstimmung. „Viele gute Leute haben resigniert und versuchen, in andere Projekte zu wechseln“, berichtet ein besorgter Insider.

Airbus bemüht sich, die Wogen zu glätten. „Wir nehmen die Kritik unseres Kunden Emirates sehr ernst und unternehmen alles, um auftretende Fehlermeldungen so schnell wie möglich zu beheben“, versichert ein Sprecher. Gleichzeitig bestätigt er eine „Reihe von Einzelsvorkommnissen, die den Betrieb, nicht aber die Sicherheit der Maschine beeinträchtigt“ hätten.

Krisentreffen? Kabelprobleme? Die Schlagworte erinnern an ein unrühmliches Kapitel der jüngeren Firmengeschichte, das die Airbus-Manager und ihr Chef Tom Enders gern aus den Unternehmensannalen streichen würden. Der von Fachleuten und Luftfahrt-Fans gefeierte Megatransporter bescherte seinen Erfindern durch Produktions- und Personalquerelen in den vergangenen Jahren nicht nur massive Mehrarbeit und einen großen Verlust. Einige Führungskräfte werden sogar verdächtigt, sich über Aktiengeschäfte selbst bereichert und außenstehenden Aktionären das wahre Ausmaß des A380-Debakels viel zu lange verschwiegen zu haben.

In einer gewaltigen Kraftanstrengung schaffte es der Konzern im vergangenen Jahr immerhin, 12 Exemplare des Vorzei-

## A380-Auslieferung

Fast 500 Betriebsstunden verloren

ge-Jets auszuliefern. Weitere 18 Maschinen sollen in diesem Jahr gebaut und an die Kunden übergeben werden.

Die Probleme schienen beseitigt, vor kurzem wurde damit begonnen, die bisherige aufwendige Handfertigung des A380 sukzessive auf die seit längerem geplante kommerzielle Serienfertigung umzustellen.

In diese scheinbar wieder heile Airbus-Welt platzte nun der Brand-Schriftsatz aus dem Nahen Osten. Diplomatische Floskeln sucht man in der Mängelliste vergebens. Stattdessen sparen die Emirates-Manager nicht mit deutlichen Worten.

Auf einer Präsentationsfolie führen die Experten detailliert die Ausfälle des Prestigevogels auf. Allein neunmal, rügen sie, habe die A380 am Boden bleiben müssen und so fast 500 Betriebsstunden verloren. In 23 Fällen, kritisieren die Emirates-Manager, hätten kurzfristig Ersatzmaschinen beschafft werden müssen. Kleinere Pannen, heißt es in der Protestnote weiter, gebe es bei ihrer A380-Flotte im Schnitt alle zwei Tage. Mittelfristig drohe daher ein „Vertrauensverlust gegenüber dem Flugzeug und dem Markenimage des Emirates-A380“.

So weit wollen es die Airbus-Manager nicht kommen lassen. Bislang haben sie gerade mal knapp 200 Exemplare ihres Vorzeige-Jets verkauft. Um die Kosten einzuspielen, müssen es nach Branchenschätzungen etwa doppelt so viele werden.

Um den aufgebrachten Kunden zu besänftigen, legen sich Enders und seine Man-



EADS-Chef Gallois

Gewaltiges Bedrohungspotential

nen nun mächtig ins Zeug. Jede einzelne Fehlermeldung wird analysiert und simuliert. „Fehler werden bis zur Wurzel verfolgt und beseitigt“, erklärt ein Airbus-Sprecher, „in den letzten Wochen haben wir hier schon viel erreicht.“

Zusätzlich bunkert der Flugzeugbauer an den Einsatzorten des Riesenvogels weitere Ersatzteile, um bei Defekten schneller aushelfen zu können.

Auch die eigens für die A380-Betreuung abgestellte schnelle Eingreiftruppe soll personell verstärkt werden. Selbst Änderungen an einzelnen Bauteilen werden erwogen.



Hinter vorgehaltener Hand verweisen die Airbus-Manager schon mal darauf, dass der Linieneinsatz auch bei anderen neuen Flugzeugtypen nicht immer reibungslos verläuft. Allein im Kabinenbereich seien 23 000 Einzelteile verbaut, da seien Kinderkrankheiten nicht völlig auszuschließen. Denn erst im Betrieb bewiese sich die Zuverlässigkeit aller Teile und Systeme.

Ob solche und andere Erklärungen Emirates überzeugen, bleibt abzuwarten. In ihrem Mängelbericht übt die Firma unter anderem auch heftige Kritik an den Produktionsabläufen bei Airbus. So seien die A380-Modelle vor der Auslieferung an die Kunden viel zu kurz getestet worden.

Fachleute verweisen dagegen darauf, dass kein anderer Jet so ausgiebig geprüft wurde wie der Riesen-Airbus. Dennoch könnten nicht alle denkbaren Szenarien bei sämtlichen Einzelteilen im Rahmen von Trockenübungen simuliert werden.

Zum Beispiel dieses: Emirates hält als bislang einziger A380-Kunde in der ersten Klasse zwei Duschen vor. Eine resolute Dame, die den Brausekopf nicht bedienen konnte, riss kurzerhand die gesamte Armatur aus der Verankerung – und setzte so den edelsten Kabinenteil unter Wasser.

Nach Ansicht der Emirates-Experten sollte Airbus seine Zulieferer sorgfältiger auswählen und ihre Zahl begrenzen. Auch der ständige Transport von Teilen und Mitarbeitern zwischen den Standorten in ganz Europa gefährde die Einhaltung vorgeschriebener Qualitätsstandards, monieren sie. „Unsere Arbeiten sind gut organisiert und kontrolliert“, hält ein Airbus-Sprecher dagegen. Außerdem normalisiere sich die A380-Produktion immer mehr.

Wie der Zwist zwischen dem Flugzeugbauer und seinem unzufriedenen Kunden ausgeht, bleibt abzuwarten. In den vergangenen Wochen und Monaten mussten auch die Konkurrenten Singapore Airlines und Qantas ihre A380-Jets mehrfach außer Dienst stellen.

Die Asiaten hatten Schwierigkeiten mit den Treibstoffpumpen oder der Bordelektronik. Bei den Australiern funktionierten die hochsensiblen Messfühler im Tank nicht korrekt. Ob das an den Geräten selbst lag oder an Verunreinigungen des Treibstoffs, ist noch unklar.

Im Gegensatz zu Emirates nehmen die Wettbewerber die Vorfälle gelassener hin. Allerdings haben sie, anders als die Araber, auch nicht knapp fünf Dutzend Exemplare des Riesenvogels bestellt.

Seit Ende vergangener Woche bemüht sich die arabische Airline immerhin, den Konflikt zu entschärfen. „Technische Probleme sind bei einem neuen Flugzeug zu erwarten – speziell bei einem, in dem eine Vielzahl neuer Technologien genutzt werden“, beschwichtigt ein Emirates-Sprecher.

Abbestellungen, versichert er, seien nicht geplant. Schließlich sei der A380 ein „hervorragendes Flugzeug“. DINAH DECKSTEIN

MANAGER

## Halteprämie für Aussteiger

Postbank-Chef Klein kann die Aufregung über die Millionen-zahlungen für sich und seine Vorstände nicht verstehen – und will notfalls für einen Euro arbeiten.



Wolfgang Klein



Bank-Vorstand Klein

Argumentationshilfe fürs Schalterpersonal

In der Disziplin Bankerbashing liegen die beiden Minister weit vorn. Kassenwart Peer Steinbrück geißelte öffentlich die Boni für die Versager in den Finanzinstituten. Sein Kollege aus dem Wirtschaftsressort, Karl-Theodor zu Guttenberg, kritisierte vergangenen Dienstag die knapp zwölf Millionen Euro schwere Sonderprämie für die Postbank-Vorstände als „falsche Nachrichten zur falschen Zeit“.

Doch im Fall Postbank tragen die beiden Ministerien eine Mitverantwortung für den Geldregen. Ihre Vertreter sitzen im Aufsichtsrat der staatsnahen Bank, dessen Präsidialausschuss schon vergangenen Mai den Sonderbonus für die Vorstände abnickte (SPIEGEL 45/2008).

Seit kurzem kennt die Öffentlichkeit den Geschäftsbericht der Postbank für das verlustreiche Jahr 2008 – und damit die Details zu den umstrittenen Bonuszahlungen.

Das offizielle Argument einer Halteprämie „für die erfolgreiche Begleitung des Verkaufsprozesses“ kann kaum einer nachvollziehen. Es profitieren selbst Vorstände, die kurz vor der Rente stehen, im Herbst den Dienst quittierten oder erst

wenige Wochen vor Abschluss des Teilverkaufs an die Deutsche Bank überhaupt zum Vorstand ernannt wurden.

„Das sind die Dinge, die einen den Kopf schütteln lassen“, sagt SPD-Fraktionsvize Joachim Poß. Postbank-Kunden denken ähnlich und beschwerten sich. Dem Schalterpersonal wurde eiligst eine Argumentationshilfe zur Verfügung gestellt.

Bank-Chef Wolfgang Klein, für den allein 2,4 Millionen Euro bereitstehen, kann die Empörung nicht verstehen. Das Gehaltsgefüge der Postbank sei „sehr moderat“, es gebe keine Aktienoptionen. Die Bank sei „kein Täter, sondern eher ein Opfer der Finanzkrise“. Doch er ist zu allem bereit, um die Gemüter zu beruhigen: „Wenn der Aufsichtsrat es will, arbeite ich 2009 auch für ein Jahresgehalt von einem Euro.“

Den Sonderbonus verteidigt er. Es war laut Klein einer der „ungewöhnlichsten Unternehmensverkaufsprozesse der jüngeren Geschichte“. Man habe „nächtelang und übers Wochenende gearbeitet“.

Im Februar 2008 legte die Liechtenstein-Steueraffäre Aufsichtsratschef Klaus Zumwinkel aus dem Amt. Zudem kündigte der Kapitalmarktvorstand, und die Fusion von Dresdner Bank, Commerzbank und Postbank scheiterte. „In der Mannschaft herrschte eine große Verunsicherung“, erinnert sich Klein, Personalberater versuchten bereits, Führungskräfte abzuwerben.

Im Mai kam der Aufsichtsrat zum Entschluss, den Vorständen eine Halteprämie zu zahlen. Die Arbeitnehmervertreter stimmten dagegen, doch der neue Post-Chef und Aufsichtsratsvorsitzende Frank Appel setzte sich im Präsidialausschuss durch.

„Im Präsidialausschuss sitzt kein Vertreter eines Ministeriums“, dementiert man im Bundesfinanzministerium jede Verantwortung. Aber Steinbrücks Vertreter Jörg Asmussen und Bernd Paffenbach, Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, waren damals Mitglied im Gesamtaufsichtsrat. „Dort wurde das Thema kritisch diskutiert“, sagt ein Insider, zudem würden die Anteilseigner in der Regel vor der Sitzung des Präsidialausschusses informiert. „Hätte Berlin die Boni nicht gewollt, hätte es sie wohl nicht gegeben.“

Ende vergangenen September, als der Deal mit der Deutschen Bank besiegelt war, floss das Geld immerhin auf ein Sonderkonto. Aufgrund schlechter Quartalsergebnisse wurde es eingefroren. Es liegt heute noch dort – zumindest teilweise.

Guido Lohmann durfte bereits kassieren und inklusive Gehalt 1,15 Millionen Euro mit nach Hause nehmen. Der Ex-Vertriebsvorstand genießt sein Millionärsleben nun als Chef einer beschaulichen Volksbank. Für die Rechtfertigung seines Bonus solle man doch eine Einschätzung beim „Vorstandsvorsitzenden der Postbank oder dem Aufsichtsrat einholen“, bittet Lohmann – und grüßt aus seiner „jährlichen Heilfastenkur“.

BEAT BALZLI



## EINE MELDUNG UND IHRE GESCHICHTE

# Der Ruf des Adlers

Weshalb ein junger Indianer ein Wappentier der USA erschoss

Er stand im harten Sonnenlicht, nicht weit von dem Pick-up, der ihn hergebracht hatte, es war ein klarer Frühlingstag, und Winslow Friday wusste, dass er eine Lösung gefunden hatte. Sein Cousin hatte ein Versprechen gegeben, leichtfertig vielleicht, aber ein Versprechen. Nun würde er, Friday, dafür sorgen, dass der Junge Wort hielt.

Friday starrte auf den Vogel vor ihm. Dunkelbrauner Rumpf, Kopf und Hals leuchtend weiß, Flügelspannweite etwa zwei Meter. Ein perfektes Tier. Friday konnte deutlich die hellgelbe Iris erkennen: ein Weißkopfseeadler, *Haliaeetus leucocephalus*, vor Jahren beinahe ausgerottet, das Wappentier der USA. Wer einen Weißkopfseeadler tötet, so will es das Gesetz, kann mit Gefängnis bis zu einem Jahr und einer Geldstrafe bis zu 100 000 Dollar rechnen.

Winslow Friday hob das Gewehr und zielte.

Friday gehört zum Stamm der Northern Arapaho, er ist gutmütig, kräftig, 25 Jahre alt. Er lebt in Ethete, einem Kaff mit rund 1500 Einwohnern im Wind River Reservat, irgendwo in der Mitte des US-Bundesstaats Wyoming. Die Gesetze werden in Washington gemacht, Washington ist weit.

Früher siedelten die Arapaho in Nebraska, Kansas, Colorado und Wyoming, verfeindet mit den Kiowa, verbündet mit den Cheyenne. Die Ahnen des Winslow Friday hatten ein hartes, ein intensives Leben: Das Land war riesig, sie jagten und zogen umher, absolut frei, das Notwendige zu tun.

Dann kamen die Weißen. Heute jobben die Arapaho im Ölgeschäft und betreiben Spielcasinos. Die größten Gefahren, die ihnen drohen, heißen Arbeitslosigkeit, Armut, Fettleibigkeit.

Jedes Jahr im Sommer begehen die Arapaho die „Sun Dance“-Zeremonie. Eine Woche lang tanzen, singen, fasten und beten die Männer, sie nehmen Kontakt auf mit der Ewigkeit. Eine Woche lang ist alles absolut, so wie früher.

Man braucht nicht viel für die Zeremonie: einen Pfahl, ein paar Trommeln, einen Adler. Die Schwanzfedern des Ad-

lers werden auf der Spitze des Pfahls befestigt, sie sollen die Gebete der Arapaho zum Schöpfer tragen. Jedes Jahr übernimmt ein Stammesmitglied die Aufgabe, die Zeremonie auszurüsten. Im Jahr 2001 begann die Geschichte, die Winslow Friday noch immer keine Ruhe lässt. Damals meldete sich Nathaniel Friday, Winslows Cousin, und erklärte sich bereit, die Zeremonie 2005 zu sponsern: Er hatte eine kranke Großmutter zu versorgen und hoffte auf deren Heilung.



Indianischer Ritualtänzer

## Indianer wegen Tötung von Adler vor Gericht

**Cheyenne/USA** – Wegen der Tötung eines Weißkopfseeadlers für ein Stammesritual muss sich ein Indianer im US-Staat Wyoming vor Gericht verantworten.

Aus der „Süddeutschen Zeitung“

Vier Jahre schienen eine ausreichende Zeit, um einen Adler aufzutreiben. Für ihn, sagt Winslow Friday, sei dieser Cousin „wie ein Bruder“. Als Nathaniel im Frühjahr 2005 noch immer keinen Adler hatte, wurde Winslow unruhig.

Im Prinzip gibt es für Amerikaner, die dringend einen Adler benötigen, zwei Möglichkeiten.

In dem Städtchen Commerce City, gleich außerhalb von Denver, unterhält der U.S. Fish & Wildlife Service das National Eagle Repository, eine Sammelstelle für alle Adler, die irgendwo in den

Vereinigten Staaten zu Tode kommen. Rund 900 Vögel sind das, Jahr für Jahr. Sie bekommen eine Nummer, die verfügbaren Informationen werden in eine Datenbank eingegeben: Alter, Art, Zustand der Federn, Zustand der Tiere allgemein. Dann werden sie so präpariert, dass man sie für religiöse Zwecke verwenden kann. Wenn Teile eines Adlers fehlen, werden sie aus anderen Vögeln ergänzt.

Weil es etwa 4000 Bewerber gibt, führen die Magazinverwalter eine Warteliste. Bis zu drei Jahren Wartezeit muss man für ein komplettes Tier einplanen, sechs Monate für ein Paket aus zwei Schwanz- und acht Flügelfedern, 90 Tage für eine gemischte Lieferung von 20 Federn in minderer Qualität.

Leider ist der Zustand der meisten Adler, die im Magazin landen, beklagenswert schlecht. Sie verenden in Hochspannungsleitungen, wurden gewildert, vergiftet oder prallten mit einem Auto zusammen. Viele Tiere beginnen bereits zu verwesen, wenn sie im Magazin eintreffen.

Kann man so die Ewigkeit beschwören?

Das Magazin, sagen die Wildhüter, ist der Versuch, den Indianern zu helfen und zugleich die Adler zu schützen.

Das Magazin ist der Versuch der Weißen, den Indianern vorzuschreiben, wie sie ihre Religion ausüben sollen, sagt Winslow Friday. Die Arapaho benötigten „reine“ Adler, keine Patchwork-Leichenreste aus der Tiefkühltruhe.

Also entschied sich Friday für Möglichkeit Nummer zwei: Er fuhr hinaus ins Reservat, spürte den Adlern nach, die dort leben, und weil Friday ausdauernd ist und Glück hatte, landete so ein Adler genau vor seinem Jagdgewehr.

Weil Fridays Schuss bemerkt wurde, kam es zur Anklage. Der Fall ging an das Bezirksgericht, an das Berufungsgericht, er zog sich hin über vier Jahre und erreichte schließlich den Obersten Gerichtshof in Washington. Und von dort ging er zurück ans Bezirksgericht, und noch immer ist nicht entschieden, ob Friday verurteilt wird.

Bis zu jenem Tag, als er im Wind River Reservat in Wyoming seinen Adler schoss, hatte Winslow Friday mit zwei Identitäten gelebt: Er war Indianer, und er war gleichzeitig stolzer US-Bürger.

„Wir sind die ersten Amerikaner“, sagt er nun, „es ist unser Land.“

Es klingt, als hätte er eine Entscheidung getroffen.

HAUKE GOOS



SOZIALDEMOKRATEN

## Alte Liebe

Mit einer Charmeoffensive will die SPD ihr ramponiertes Verhältnis zu den Gewerkschaften verbessern.

Parteichef Müntefering hofft auf Hilfe im Wahlkampf.

**D**as Treffen Anfang Februar in der Berliner SPD-Zentrale war exklusiv. Der Kanzlerkandidat saß mit am Tisch, der Finanzminister und die Vorsitzenden der großen Gewerkschaften. Der Gastgeber, SPD-Chef Franz Müntefering, hatte der Runde Wichtiges mitzuteilen.

Das Superwahljahr 2009 sei ein Jahr bedeutender Weichenstellungen, sagte er. Er hoffe, dass die Gewerkschaften bereit seien, in den Wahlkämpfen Seite an Seite mit der Sozialdemokratie zu marschieren. „Gemeinsam sind wir stark. Wir müssen zusammenstehen.“ In den Ohren einiger Teilnehmer klang das fast schon wie ein Flehen: Bitte helft uns!

Die Gewerkschaftsbosse signalisierten Wohlwollen. Trotz Streitigkeiten in einzelnen Punkten gebe es viele Übereinstimmungen, stellte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer fest. IG-Metall-Chef Berthold Huber machte deutlich, dass er zu konstruktiver Zusammenarbeit bereit sei. Dann berichtete man sich gegenseitig, welche politischen Kampagnen man für dieses Jahr noch so plane, und ging zufrieden auseinander.

Solche Treffen sind derzeit typisch für das Verhältnis zwischen SPD und Gewerkschaften. Nach Jahren des Streits um die Reformpolitik der rot-grünen Regierung rücken die Verbündeten von einst wieder zusammen. Die alte Liebe erwacht zu neuem Leben. Die Gewerkschaften hoffen, dass die SPD in der Finanz- und Wirtschaftskrise etwas für ihre Mitglieder tut. SPD-Chef Müntefering und Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier wollen, dass die Gewerkschaften mit ihren gut sechs Millionen Mitgliedern für sie Wählerstimmen mobilisieren. Derzeit liegen die Genossen in den Umfragen wie festgekettet in der 20-Prozent-Zone. Etwas Hilfe kann das nicht schaden.

Zwar lehnen die Gewerkschaften einen offiziellen Wahlauftritt zugunsten der SPD ab. DGB-Chef Sommer erklärt stets wortreich die parteipolitische Unabhängigkeit

seines Verbands. Doch zugleich ist die Zusammenarbeit mit den Genossen in den Hinterzimmern eng wie lange nicht. Die alten Kämpfe aus der Zeit der Agenda 2010 will kaum noch jemand führen.

Um die Gewerkschaften für sich einzunehmen, versucht die SPD, möglichst auf die gleichen Themen zu setzen: Kritik am Turbo-Kapitalismus, Mindestlohn, Sicherung des Sozialstaats. Wenn deutlich sei, dass die SPD als einzige Partei Gewerkschaftswünsche durchsetzen könne, würden die Mitglieder ganz automatisch für die SPD stimmen, glauben die Strategen im Willy-Brandt-Haus.

Parteichef Müntefering hat intern die Bitte ausgesprochen, dass bei der Aufstellung der Listen für die Bundestagswahl und die Landtagswahlen möglichst viele Gewerkschafter auf sicheren Plätzen untergebracht werden sollten. Der neue Schulterchuss müsse auch durch das Personal sichtbar werden.

Ähnlich könnte es auch beim Wahlprogramm der Genossen für die Bundestagswahl am 27. September aussehen: Müntefering und Steinmeier haben den Gewerkschaftsführern angeboten, sie an dessen Ausarbeitung zu beteiligen. Einige Ideen aus den Gewerkschaftszentralen sind bei der SPD bereits angekommen. So will Finanzminister Peer Steinbrück in der nächsten Legislaturperiode eine Börsenumsatzsteuer einführen und mit einer Steuerreform Wohlhabende stärker zur Kasse bitten – beides Klassiker aus den Wunschlisten der Gewerkschaften.

Damit die Zusammenarbeit weiterhin so reibungslos funktioniert, haben die Sozialdemokraten überall Gewerkschafter zum Mitmachen eingeladen. Bei der Arbeitsgruppe, die die SPD-Vorschläge zur Begrenzung der Managergehälter ausarbeitet, gibt der IG-Metall-Justitiar Rat. Das Arbeitsministerium lädt regelmäßig die Hauptstadtvertreter der großen Gewerk-



SPD-Parteitag, Gewerkschaftsbosse\*: Eins zu eins Übereinstimmung mit dem eigenen Programm

Bei der Bekämpfung der Finanz- und Wirtschaftskrise stimmt sich die SPD-Führung seit Wochen eng mit den Gewerkschaftsbossen ab. Das erste Ergebnis dieser Zusammenarbeit ist die „Abwrackprämie“. Sie wurde von IG-Metall-Funktionären bei Kanzlerkandidat Steinmeier als Idee vorgetragen, er nahm sie in seinen „Steinmeier-Plan“ auf und setzte sie in der Koalition gegen den Widerstand der Union durch. Die von SPD-Arbeitsminister Olaf Scholz betriebene Verlängerung des Kurzarbeitergelds entstammt ebenfalls der IG-Metall-Zentrale in Frankfurt am Main.

Auch sonst ist vieles schon wieder ein bisschen wie früher. Bei einer Analyse des SPD-Europawahlprogramms stellten die Chefs des DGB unlängst zufrieden fest, dass fast alle Forderungen eins zu eins mit den ihren übereinstimmen.

schaften zu Abstimmungsrunden über die Beschäftigungspolitik. Auch in der SPD-Arbeitsgruppe, die die Pläne für ein neues Rentensystem betreut, redet ein Entsandter der Gewerkschaften mit. Und demnächst soll es eine Expertenrunde aus Gewerkschaftern und Genossen zum Thema Mitbestimmung in Europa geben.

Einer beobachtet den Kuschkurs mit großem Unbehagen – der Chef der Partei Die Linke, Oskar Lafontaine. Er betrachtet die Mitgliederschar der Gewerkschaften als natürliches Wählerreservoir seiner Partei. Er wittert Konkurrenz. Die Sozialdemokraten in der Gewerkschaftsspitze wollten offenbar der alten Partnerschaft mit der SPD zu einem neuen Frühling verhelfen, stellte Lafontaine bereits vor einiger Zeit eifersüchtig fest. Da gebe es offenbar „Nibelungentreue“.

ROLAND NELLES

\* DGB-Chef Michael Sommer (2. v. l.), Ver.di-Vorsitzender Frank Bsirske und Hubertus Schmoldt, Vorsitzender der Gewerkschaft IG Bergbau, Chemie, Energie, im Oktober 2008 in Berlin.



UNIVERSITÄTEN

# Gordischer Knoten

Die Insolvenz der Uni Witten/Herdecke ist abgewendet. Doch auf Dauer kann nur eine Neuausrichtung das Überleben der ältesten Privathochschule im Lande sichern.

**W**er die Krise nicht sehen wollte, konnte sie riechen. In kalten grauen Schwaden krochen ihre Ausdünstungen in den letzten Dezemberwochen durch das geschwungene Gebäude mit den blaugrauhelmen Fensterrahmen.

Hinter der Glastür im ersten Stock mit der Aufschrift „Präsidium“ huschten zigarettenqualmumhüllte Gestalten von einer Sitzung zur nächsten. „Eigentlich sind wir ja eine rauchfreie Uni“, gestand eine Führungskraft mit dunklen Augenringen, „aber das lässt sich in diesen Zeiten nicht durchhalten.“

Dass es in der Chefetage der Privatuniversität Witten/Herdecke vergangene Woche wie in einer Spielhöhle roch, passt ins Bild: Mit hohem Einsatz pokerten alle Beteiligten ums Überleben von Deutschlands größter und ältester Privatuniversität. Es ging um Etatlücken in Millionenhöhe, eine chaotische Finanzplanung, sogar um den Vorwurf falscher Rechnungslegung. Und um den nordrhein-westfälischen Wissenschaftsminister Andreas Pinkwart (FDP), der mit seinem Auszahlungsstopp von Landeszuschüssen die Uni zunächst hart an den Rand der Insolvenz brachte, dann aber im Hintergrund die Stricken für einen Neuanfang zog.

Das Schlimmste scheint abgewendet, doch die nächste Krise folgt gewiss – wenn die Hochschule jetzt nicht die Notwendigkeit erkennt, sich neu zu positionieren.

Auf dem Spiel steht viel: Die Idee einer freien Privatuniversität mit dem Anspruch, ihre Studenten nicht nur fachlich, sondern auch menschlich umfassend zu bilden. 1982 von ambitionierten Gelehrten um den Neurologen Konrad Schily gegründet, folgte die Alma Mater hohen Zielen: „Zur Freiheit ermutigen“ und „nach Wahrheit streben“ – nicht weniger sollten die Studenten in Witten/Herdecke lernen. In den letzten Jahren begriffen sie aber vor allem eine banale Lektion: Ohne Moos nix los.

Mehrmals stand die Uni vor dem Aus. Gestartet mit dem Versprechen, ohne Staatsknete und Studentengeld auszukommen, überlebte sie seit 1995 nur noch mit Zuschüssen vom Land – als einzige der insgesamt 19 nordrhein-westfälischen Privathochschulen. Die 1200 Studenten zahlen heute je nach Fachrichtung zwischen 14 400 und 45 000 Euro fürs Studium. Dennoch musste der Fächerkanon, der neben Wirtschaft und Medizin auch ein allgemeinbildendes „studium fundamentale“ vorsieht, zusammengestrichen werden. Zuletzt traf es die Musiktherapie.

Wann immer der Abgrund nahe war, trat ein eilig herbeigezauberter Sponsor als Retter der Hochschule auf den Plan. So sprang 2007 das Düsseldorf-Beratungsunternehmen Droege International Group AG mit dem Versprechen ein, zwölf Millionen Euro zu spendieren. Doch Droege verabschiedete sich bald wieder – weil die Finanzplanung der Uni undurchsichtig sei.

Mit ähnlichen Argumenten stoppte auch Minister Pinkwart vorvergangene Woche die Auszahlung von 4,5 Millionen Euro

Sponsoring und Bußgelder aus. Die „bilanzielle Überschuldung“ der Uni, so die Prognose, werde sich „noch verstärken“. Jetzt sollen neue Prüfer die Finanzen genauer durchleuchten.

Verschärfend wirkt, dass die Probleme der Universität keineswegs beim Geld enden. Im Sommer 2005 kritisierte der Wissenschaftsrat die Qualität der medizinischen Forschung. Die Hochschule bekam ihre Akkreditierung – das universitäre Gütesiegel – erst, nachdem sie erhebliche Reformen in ihrer Kerndisziplin Medizin zugesichert hatte. Von diesen Bemühungen, so Martin Butzlaff, Dekan der medizinischen Fakultät, könnten auch andere Uni-Bereiche lernen: „Wir brauchen mehr Mut zur Konzentration auf die eigenen Stärken.“ An der medizinischen Fakultät ist das Umsteuern schon ein gutes Stück gelungen – etwa mit dem Ausbau der Versorgungsforschung, bei der der Einsatz wissenschaftlicher Erkenntnisse in Arztpraxen und Krankenhäusern untersucht wird.

Minister Pinkwart fordert nun eine „kritische Generalrevision“ für Witten/Herdecke.

Die Hochschule müsse „den gordischen Knoten auflösen und schnellstens ein stimmiges und nachhaltiges Gesamtkonzept vorlegen“. Dabei sei zu prüfen, ob die Uni genug in Qualität und forschendes Personal investiere. Auch die Studienbeiträge, die nur sieben Prozent des 31-Millionen-Euro-Etats ausmachten, gelte es anzuheben. Dann wolle er sich dafür einsetzen, dass das Land 2009 und 2010 sogar mehr Geld geben werde.

Damit die Hochschule in der Zwischenzeit nicht in die Pleite steuert, warb der Minister vergangene Woche höchstpersönlich um Partner für die Uni. In einer Nachtsitzung im Ministerium signalisierten unter anderem

der Heidelberger Gesundheitskonzern SRH Holding, die Darmstädter Software AG Stiftung und der Gemeinnützige Verein zur Entwicklung von Gemeinschaftskrankenhäusern Herdecke ihre Bereitschaft zur Hilfe.

So scheint seit vorigem Dienstag die Frage nicht mehr, ob die Reform-Uni wieder einmal in letzter Minute gerettet wird, sondern wie sie danach aussehen wird. „Wir wollen einen Kulturwandel hin zu mehr Transparenz und Zuverlässigkeit“, gibt Pinkwart das Ziel vor. Gelingt das nicht, dürfte die wichtigste Voraussetzung für eine Zukunft der größten Privathochschule der Republik künftig kaum erfüllt werden: hochkarätige Wissenschaftler und Studenten zu halten.



Studentendemonstration am Düsseldorfer Landtag\*: Ohne Moos nix los

Landeszuschüssen für das Jahr 2008. Die Hochschule könne keine ordentliche Geschäftsführung nachweisen, auch fehlten testierte Wirtschaftspläne für die Jahre 2009 bis 2011. Zudem fordert Pinkwart nun drei Millionen Euro aus 2007 zurück, die wegen falscher Angaben der Hochschule zu viel gezahlt worden seien. Die inzwischen zurückgetretene Geschäftsführung der Uni wies alle Vorwürfe zurück.

Wie bitter es um Witten/Herdecke steht, zeigt ein interner Bericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft RölfsPartners vom Oktober. Als erhebliche Wackelposten in der Finanzplanung bis 2011 macht sie die veranschlagten Einnahmen durch Spenden,

\* Am 18. Dezember 2008.



ETHIK

# Schwangerschaft auf Probe

In England haben Ärzte ein Baby ohne krankmachendes Brustkrebsgen geschaffen. Wirklich ein Tabubruch? Vorgeburtliche Selektion gibt es längst auch in Deutschland.

Er hatte das Schicksal seiner Mutter, seiner Großmutter und seiner Urgroßmutter vor Augen: jener Mann, dessen Kind vorige Woche als Designer-Baby für Aufsehen sorgte, noch bevor es überhaupt das Licht der Welt erblickte.

Der Familienfluch heißt Brustkrebs. Alle drei Frauen waren daran erkrankt, weil sie Trägerinnen einer Mutation im sogenannten BRCA1-Gen waren. Die Wahrschein-

lichkeit, Brustkrebs zu bekommen, beträgt in so einem Fall zwischen 50 und 80 Prozent; viele trifft es schon in jungen Jahren.

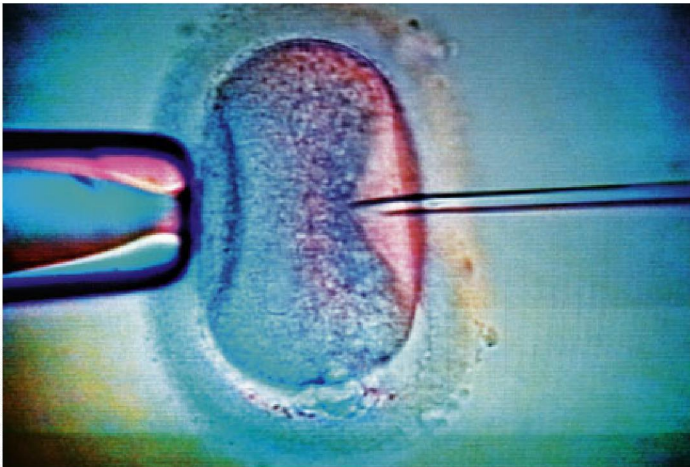
Genau an diesen Fragen wäre voriges Jahr beinahe die niederländische Regierungskoalition zerbrochen. Letztendlich wurde vorgeburtliche Selektion zugelassen. In Großbritannien war das Gesetz bereits 2006 entsprechend geändert worden.

Aber ist der vermeintliche Tabubruch wirklich so groß? In Deutschland ist die Präimplantationsdiagnostik, bei der ein Embryo vor der Einpflanzung in die Gebärmutter genetisch untersucht wird, zwar strikt verboten. Doch auch hierzulande wird die vorgeburtliche genetische Diagnostik immer mehr ausgeweitet – und zwar während einer Schwangerschaft. Dies

heißt, dass Menschen mit einer Mutation im Krebsgen P53 etwa erkranken sehr häufig und sehr jung an verschiedenen Tumoren – aber nicht bei allen verläuft der Krebs tödlich. Auch in Deutschland gehört die Untersuchung dieses Gens bei betroffenen Familien längst zur Pränataldiagnostik; es wurden deswegen bereits etliche Schwangerschaften abgebrochen.

Ein anderes Beispiel ist das Gen für die Erbkrankheit Polyposis coli, bei der massenhaft Polypen im Dickdarm auftreten, die früher oder später zu Darmkrebs werden; obwohl es durchaus Behandlungsmöglichkeiten gibt, sind bei einem entsprechenden vorgeburtlichen Test bereits Schwangerschaftsabbrüche erfolgt.

„Auch die Abtreibung eines Ungeborenen, das Träger eines BRCA-Brustkrebsgens ist, wäre in Deutschland theoretisch möglich“, sagt Karl Sperling, Direktor des Instituts für Humangenetik der Charité, „wenn die Mutter andernfalls in eine schwere seelische Krise geraten würde.“



Künstliche Befruchtung einer Eizelle: „Eine neue Ära“

führt schleichend ebenfalls zu einer Selektion: durch Abtreibung.

Deutsche Frauen praktizieren gleichsam eine Schwangerschaft auf Probe. Das Ungeborene wird mittels Chorionzottenbiopsie oder Fruchtwasseruntersuchung getestet; wird eine Erbkrankheit festgestellt, kann es auch nach der zwölften Schwangerschaftswoche zum Abbruch kommen, um die „Gefahr einer schwerwiegenden Beeinträchtigung des körperlichen oder seelischen Gesundheitszustandes der Schwangeren abzuwenden“, wie es im Paragraphen 218a heißt.

Oft haben die betroffenen Frauen in ihrer Familie schreckliche Erfahrungen gemacht – etwa, dass der kranke Bruder plötzlich tot war, als sie aus der Schule kamen. Würde ihr Sohn das defekte Gen erben, wäre sein Krankheitsschicksal weitgehend vorgezeichnet – für manche Frauen eine äußerst belastende Vorstellung.

Längst jedoch werden in Deutschland auch solche Gendefekte aufgespürt, die gar nicht in jedem Fall eine tödliche Erbkrank-

heit verursachen, sondern durchaus behandelbar sind. Menschen mit einer Mutation im Krebsgen P53 etwa erkranken sehr häufig und sehr jung an verschiedensten Tumoren – aber nicht bei allen verläuft der Krebs tödlich. Auch in Deutschland gehört die Untersuchung dieses Gens bei betroffenen Familien längst zur Pränataldiagnostik; es wurden deswegen bereits etliche Schwangerschaften abgebrochen.

Ein anderes Beispiel ist das Gen für die Erbkrankheit Polyposis coli, bei der massenhaft Polypen im Dickdarm auftreten, die früher oder später zu Darmkrebs werden; obwohl es durchaus Behandlungsmöglichkeiten gibt, sind bei einem entsprechenden vorgeburtlichen Test bereits Schwangerschaftsabbrüche erfolgt.

„Auch die Abtreibung eines Ungeborenen, das Träger eines BRCA-Brustkrebsgens ist, wäre in Deutschland theoretisch möglich“, sagt Karl Sperling, Direktor des Instituts für Humangenetik der Charité, „wenn die Mutter andernfalls in eine schwere seelische Krise geraten würde.“

„Wir sind in eine neue Ära eingetreten, indem wir Menschen, die Krebsgene in sich tragen, helfen können, gesunde Babys zu kriegen“, verkündete Paul Serhal, einer der beteiligten Reproduktionsmediziner.

## Wie das britische Designer-Baby entstand

1 Mittels künstlicher Befruchtung wurden aus Ei- und Samenzellen des Elternpaares im Reagenzglas elf Embryonen erzeugt.

2 Durch DNA-Analyse ließ sich im Frühstadium bei sechs dieser Embryonen der gefährliche Defekt im BRCA1-Gen nachweisen, der Brustkrebs auslösen kann.

3 Zwei der fünf gesunden Embryonen wurden der Frau in die Gebärmutter eingepflanzt. Nachdem sich einer der beiden erfolgreich eingenistet hatte, entwickelte er sich zu einem normalen Fötus.

In Extremfällen haben sich Trägerinnen eines veränderten BRCA-Gens sogar schon die Brüste amputieren lassen. Dabei ist diese Mutation kein Todesurteil mehr. So sollten sich die betroffenen Frauen ab dem 25. Lebensjahr jährlich einer Kernspintomografie der Brust unterziehen und alle sechs Monate eine Ultraschalluntersuchung. Medikamente, die das Ausbrechen des Krebses verhindern sollen, befinden sich bereits in der klinischen Erprobung.

Bislang sei ihm auch kein einziger Fall bekannt, sagt Sperling, bei dem in Deutschland wegen einer BRCA-Mutation eine Abtreibung vorgenommen wurde. Und Alfons Meindl, Leiter der Abteilung für gynäkologische Tumorgenetik an der Frauenklinik der TU-München, berichtet: „Ich habe ungefähr 250 Familien mit verändertem BRCA-Gen genetisch beraten. Aber nur drei Mütter haben danach verzweifelt gesagt: ‚Mei, wenn ich das gewusst hätte, dann hätte ich keine Tochter.‘“

VERONIKA HACKENBROCH





Rotarmisten in Brandenburg (1945), Heimatforscher Ucksche: In der DDR galten sie als Befreier

JUSTIZ

## Späte Bemühungen

Erstmals ermitteln deutsche Staatsanwälte gegen Ex-Rotarmisten wegen Kriegsverbrechen. Die Soldaten sollen im April 1945 bei Potsdam Zivilisten erschossen haben.

Die Gräber sind in drei Reihen angeordnet und mit Efeu bedeckt. „Gedenkt der Toten“ heißt es auf dem kleinen Friedhof am Rande des brandenburgischen Städtchens Treuenbrietzen. Im Mai 1945 wurde er angelegt. Auf den Marmortafeln sind auch „20 unbekannte Soldaten“ verzeichnet; und „10 unbekannte Zivilisten“.

Wolfgang Ucksche, 52, der Vorsitzende des Heimatvereins Treuenbrietzen, kam schon als Junge auf seinem Schulweg an den Grabstätten vorbei: „Ich habe mich immer gefragt, warum bei so vielen als Sterbedatum der 23. April 1945 angegeben ist.“ Nach 1990 begann der Hobbyhistoriker, der zu DDR-Zeiten die örtliche Minol-Tankstelle leitete, eine Antwort zu suchen. Heute glaubt er sie zu kennen. In den Gräbern liegen, so Ucksche, die Toten eines „schlimmen Massakers durch die Rote Armee“.

Der Fall beschäftigt auch die Staatsanwaltschaft im nahen Potsdam – womit erstmals eine deutsche Behörde gegen ehemalige Soldaten der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs wegen Kriegsverbrechen ermittelt. Mitte November baten die Potsdamer den Generalstaatsanwalt der Russischen Föderation um Rechtshilfe. Die späten Bemühungen um Aufklärung sind ein ebenso einmaliger wie heikler Vorgang.

In der DDR galten die Rotarmisten als Befreier und Waffenbrüder. Massenvergewaltigung und andere Verbrechen

von Sowjetsoldaten im Frühjahr 1945 waren tabu. In Treuenbrietzen wurde dennoch verbreitet, die Russen hätten nach der Eroberung der Stadt Hunderte Männer erschossen. Einen Einheimischen, der 1960 bei der Armee einem Kameraden von den Exekutionen erzählt hatte, holte die Stasi ab. Er saß über ein Jahr im Zuchthaus.

Als Wolfgang Ucksche nach der Wende Zeitzeugen befragen konnte, wurden ihm die Greueltaten des 23. April 1945 vielfach bestätigt. Was er nicht hörte, war eine schlüssige Erklärung für diesen Exzess, der für die Rote Armee nicht typisch war.

Unstrittig ist: Am 21. April 1945 besetzte das 51. Gardepanzerregiment, das zur 1. Ukrainischen Front gehörte, Treuenbrietzen nahezu kampfflos. Die Rotarmisten machten daraufhin mit ihren Standardparolen „Uri, Uri“ und „Frau komm mit“ die Stadt unsicher und feierten ordentlich.

In den Morgenstunden des 23. April erlebten die Sowjets jedoch eine böse Überraschung. Soldaten der Wehrmacht, verstärkt durch frisch rekrutierte Mitglieder des Reichsarbeitsdienstes und Hitlerjugungen vom „Gauschwarm Berlin“ eroberten große Teile von Treuenbrietzen zurück. Es dauerte bis in den Nachmittag, ehe die weit überlegenen Rotarmisten die Stadt wieder unter Kontrolle hatten.

Wenig später forderten Sowjetsoldaten die Bewohner des nördlichen Teils der Stadt auf, diesen zu räumen. Die Rotarmisten waren gereizt und aggressiv. Am Rand eines Waldes selektierten sie die Zivilisten: Frauen und Kinder durften weiterziehen. Die Männer mussten nach rechts heraustreten – und wurden erschossen.

Die Schätzungen darüber, wie viele Deutsche die Sowjetsoldaten an diesem Tag umbrachten, klaffen weit auseinander. Heimatforscher Ucksche geht von 800 bis 1000 Menschen aus. Ein Mann, der bei der Beerdigung der Opfer in den Massengräbern mitgearbeitet hatte, habe ihm berichtet: „Bei 721 haben wir aufgehört zu zählen.“

Im Ort gibt es jedoch auch andere Berechnungen. Ucksches einstiger Geschichts-

lehrer Helmut Pöpke, 74 – früher bei der SED, heute bei der Partei Die Linke –, hält sich an die Sterberegister des Standesamts. Darin fänden sich nur 88 Menschen mit dem Zusatz „erschossen“ registriert. „Höchstens 200“ seien es gewesen, erklärt er in dem makabren Streit um Zahlen. Pöpke hat auch eine Erklärung für das Massaker: Ein SS-Mann habe zuvor aus seinem Haus auf den Stab der Roten Armee geschossen und mindestens drei Russen getötet. Die Massenexekution sei die Vergeltung dafür gewesen.

Solche Hypothesen zu überprüfen ist nun die Aufgabe der Potsdamer Staatsanwaltschaft. Sie wurde aktiv, nachdem ein Aktivist des „Forums zur Aufklärung und Erneuerung“ – ein Verein von Stalinismus-Opfern – Strafanzeige wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit gestellt hatte. Da diese Delikte im deutschen Strafgesetzbuch nicht existieren, eröffneten die Staatsanwälte ein Ermittlungsverfahren „gegen unbekannte Angehörige der Roten Armee wegen Mordes zum Nachteil deutscher Zivilpersonen“.

Ob die Potsdamer für die strafrechtliche Verfolgung überhaupt zuständig sind, ist indes unsicher. Ein Experte des Bundesjustizministeriums teilte ihnen lediglich mit, dass die Rechtslage diffus und unklar sei. Zeitzeugen hat die Staatsanwaltschaft noch nicht befragt; die Ermittler schrieben zunächst die militärhistorischen und zeitgeschichtlichen Institute in Deutschland an. Diese erklärten jedoch mit Bedauern, dass sie für die Rote Armee nicht zuständig seien.

Mitte November sandten die Ermittler im Rahmen des „Rechtshilfeverkehrs in strafrechtlichen Angelegenheiten“ ein Schreiben an den russischen Generalstaatsanwalt. Darin fragten sie, welche Einheiten und Kommandeure für die Erschießungen verantwortlich gewesen sein könnten.

Nun bleibt den Staatsanwälten in Potsdam und den Heimatforschern in Treuenbrietzen nichts als zu warten – auf Post aus Moskau.

MICHAEL SONTHEIMER